

# revista

linke zeitung für politik und kultur aus cello

ausgabe  
nummer 18

April / Mai 2003

**Nicht in unserem Namen**

**Sagt Nein zu Krieg und  
falschem Frieden**



# Inhalt

Nicht in unserem Namen - Sagt  
Nein zu Krieg und falschem  
Frieden  
Kundgebung am Tag X . . .Seite 03

Der Krieg gegen den Irak - Zur  
Rolle der USA, der EU und  
Deutschland . . . . .Seite 07

Hauptproblem  
Der Unterschied zwischen Arm und  
Reich, Vortrag zum  
Irak-Krieg . . . . .Seite 10

Celler Friedensratschlag warnt:  
Nicht zur Tagesordnung  
übergehen . . . . .Seite 11

Lokales - Meldungen . . .Seite 12

Wie man über Kapitalismus  
schweigt, indem man über  
Globalisierung redet  
SPD/DGB-Veranstaltung zu  
Globalisierung . . . . .Seite 16

Brand in Flüchtlingsheim -  
Kasernierung geplant? . .Seite 18

Literatur . . . . .Seite 19

Arbeitsverweigerung  
Aktive Beschäftigungspolitik  
spielt bei der Bundesanstalt  
für Arbeit kaum noch  
eine Rolle . . . . .Seite 21

Förderpotenziale des muttersprach-  
lichen Unterrichts nutzen  
Kurdische Migration  
und deutsche  
Bildungspolitik? . . . .Seite 22

Termine . . . . .Seite 23

Hallo, Ihr da draußen in der Sonne,  
auf den Sofas, in den Kneipen!

Nun scheint der Krieg gegen Irak dem Ende entgegen zu gehen, da werden schon Drohungen gegen das nächste Land auf der "Achse des Bösen" laut. Das Thema Krieg ist auch diesmal wieder Schwerpunkt, fast könnte Mensch dabei übersehen, was für fiese miese Grausamkeiten hierzulande auf uns zu kommen - unter dem Begriff "Reformen" doht Arbeitslosen, Kranken, Alten weitere Verelendung.

Bleibt oder werdet wehrhaft, laßt Euch nicht die ersten warmen Tage vermiesen.

Die nächste Ausgabe kommt Anfang / Mitte Juni. Über Zuschriften - Artikel, Briefe, Bilder, Buchtipps, etc. - freuen wir uns.

Bis dahin

Eure revista



Impressum:  
Revista, Nr.18 ■ Erscheinungsweise: alle 2 Monate, liegt kostenlos in diversen Kneipen und Läden aus, kann aber auch gerne gegen Portokosten abonniert werden (5 Stück für 5,- Euro). ■ Postanschrift: Revista, c/o Bunttes Haus, Postfach 1329, 29203 Celle ■ E-Mail: Revista@gmx.de ■ V.i.S.d.P.: Ralf Hbner ■ Konto: SKI, Sparkasse Celle, BLZ 25750001 K-Nr.: 108 099 698, Stichwort 'Revista' ■ Beiträge, die mit Gruppennamen oder Personennamen gekennzeichnet sind, geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder! ■ <http://mitglied.lycos.de/Revista/>

# "Nicht in unserem Namen - Sagt Nein zu Krieg und falschem Frieden" Kundgebung am Tag X

Rund 300 Menschen folgten am Tag des Kriegsausbruchs dem Aufruf des Celler Friedensratschlags zu einer Kundgebung. Neben TeilnehmerInnen aus dem links-alternativen Spektrum, die auf Transparenten den Zusammenhang von Krieg und Kapitalismus sowie Aufrüstung und Sozialabbau herstellten ("Arbeitslosenhilfe statt Eurofighter"), nahmen vor allem Jugendliche an der Kundgebung teil, von denen etliche aus kirchennahen Kreisen kamen und dies mit Tafeln ("Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein") demonstrierten. Der Friedensratschlag selbst, eine Initiative von AntimilitaristInnen und PazifistInnen, hatte den Deutschen Gewerkschaftsbund, die Evangelische Kirche und die VVN-BdA gebeten, sich mit RednerInnen an der Kundgebung zu beteiligen. Damit waren dann auch die gesellschaftlichen Gruppen repräsentiert, die Krieg als "letztes Mittel der Politik" ablehnen. Wir dokumentieren im folgenden die Reden von Tom Seibert (DGB), Dirk Hölterhoff (Ev. Kirche) und Paul Stern (Friedensratschlag) in Auszügen

**Tom Seibert (DGB) :**



Überall in Deutschland wird zu dieser Stunde protestiert angesichts des begonnenen Krieges gegen den Irak. Bereits den ganzen Tag über gab es in zahlreichen Orten auch hier in N i e d e r s a c h s e n Demonstrationen und Aktionen vor allem von Schülern mit vielen Tausenden von Menschen. Viele Schulklassen sind heute morgen im ganzen Lande zusammen mit ihren Lehrern

auf die Straße gegangen, um dem Wahnsinn des Krieges etwas entgegenzusetzen. Es ist auch die Wut, die die Menschen auf die Straße treibt, die Wut über die Arroganz von Präsident George Bush, sich über den Willen der Vereinten Nationen hinwegzusetzen.

Auch die Gewerkschaften haben bundesweit dazu aufgerufen, an diesem bitteren Tag des Kriegsbeginns ein deutliches Zeichen zu setzen. Der DGB verurteilt auf schärfste diesen militärischen Angriff und fordert die sofortige Einstellung der Kampfhandlungen.

Es ist gut, dass so viele verschiedene Menschen heute auch hier in Celle zusammengekommen sind, um zu zeigen: Herr Bush, wir sind nicht einverstanden mit ihrem Krieg und wir werden noch öfter und weiter demonstrieren, je länger sie diese Invasion betreiben.

Dieser Krieg ist ein Verbrechen, er ist ein Verbrechen an der irakischen Bevölkerung. Er ist aber auch ein Anschlag auf die Gültigkeit des Völkerrechtes. Die Kriegsallianz unter Führung der Amerikaner stellt sich mit diesem militärischen Abenteuer gegen die große Mehrheit der Weltgemeinschaft und unternimmt auch noch den dreisten Versuch, dies mora-

lisch zu legitimieren. Es gibt keine globale Legitimierung für diesen Krieg. Dies ist nur das wahnhafte Weltbild der Bush-Administration.

Und die Botschaft dieses Krieges an alle Schurkenstaaten heißt doch. Rüstet auf, möglichst atomar, bevor euch Bush euren Staat auf seine Art diktieren wird. Dies wird eine der schlimmen Konsequenzen dieses Präventivkrieges sein. Für die Eskalation dieses militärischen Harakiri ist allerdings nicht nur Amerika verantwortlich. Saddam Hussein und seine Führungsclique haben die Beschlüsse der UN jahrelang missachtet und brutal jede friedliche Beilegung des Konfliktes torpediert. Sie tyrannisieren bis heute die irakische Bevölkerung und haben ein menschenverachtendes Regime aufgebaut. Die Iraker werden zu doppelten Opfern des Krieges. Sie werden Amerika und Saddam gleichzeitig verfluchen.

Und uns wird man die Wahrheit vorenthalten, darüber, was wirklich im Irak passiert, was wirklich für die Menschen dort jetzt die grausame Realität des Krieges ist. Dies hat man bereits im letzten Golfkrieg getan und dies versucht man uns nun auch wieder weismachen zu wollen. Der Krieg würde chirurgisch exakt geführt und nur kurz dauern.

Kurz für wen? Für die Menschen im Irak sicher nicht. Ihre Leiden dauern durch die Diktatur von Saddam, aber auch durch das Embargo schon lange an. Und diese Leiden werden durch diesen Krieg brutal verlängert. Es ist eine Lüge, das der Krieg nur kurz sei. Das behauptet nur der, der andere Interessen im Sinn hat, als den Menschen im Irak Freiheit und Demokratie zu bringen.

Und die Amerikaner haben versucht, mit plumpen Fälschungen die Weltöffentlichkeit von diesem Krieg zu überzeugen. Die Beweise sind sie bis heute schuldig geblieben. Es ist kaum zu leugnen, dass dies nur Desinformationen waren, um die eigentlichen Motive für diesen Krieg zu verschleiern. Es ist der pure Versuch, ihre imperialen Interessen mit militärischer Arroganz durchzusetzen. Dabei geht es nicht allein ums Öl, es geht vor allem um die Kontrolle und den Zugriff auf die Ölreserven dort unten. Es geht um die Macht zu

bestimmen, was in dieser Region der Welt passiert, es ist der Versuch, mit Macht die geostrategischen Interessen des amerikanischen Kapitalismus durchzusetzen. Und die Botschaft an die übrige Welt lautet offenbar: Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns.

Liebe Friedensfreunde, lasst uns gegen dieses Weltbild ein anderes setzen, getragen von Menschenrechten, gegenseitiger Anerkennung und friedlicher Konfliktbewältigung. Und mein Appell an die Kriegsparteien: Die schon jetzt zu beklagenden Opfer dieses Krieges sind Mahnung genug. Lasst die Waffen ruhen, kehrt zurück auf den Weg der Verhandlungen.

Mein klares Wort an die Bundesregierung: Verweigert der Kriegsallianz die Überflugsrechte, zieht die Bundeswehrsoldaten aus Kuwait und den AWACS-Flugzeugen zurück. Verweigert jedwede Unterstützung dieses Krieges.

Liebe Friedensfreunde, es ist fatal, dass nach den vielen Erfahrungen von Kriegen mit ihren schrecklichen Folgen immer noch Länder dieser Welt, auch in Europa, auf diese Karte setzen und meinen dies auch noch im Namen von Freiheit und Demokratie zu tun. Diesen Ländern sagen wir entschieden nein zu dem Versuch, den Nahen Osten mit all den Folgen in Brand zu stecken.

## **Dirk Hölterhoff (Ev. Kirche Celle) :**

Der Krieg hat begonnen. Mit uns sind Millionen Menschen auf der Welt entsetzt, traurig und wütend. Wieder einmal hat sich Gewalt gegen unsere Hoffnungen, Gebete und Demonstrationen durchgesetzt.

Der Krieg hat begonnen, wie es heißt, mit ersten leichten Schlägen. Doch schon sind Menschen getötet worden. Wie viel Verzweiflung und Leid, wie viel Grauen, wie viel Tod und Verstümmelung wird folgen, wenn die amerikanischen Streitkräfte in Kürze zur großen Offensive ansetzen? Mit Entsetzen sehen wir, was in Bagdad geschieht, ahnen die Angst der Menschen vor den Bomben, die Panik der Kinder.

Der Krieg hat gerade begonnen und schon hat die Menschlichkeit verloren. In einem Krieg gibt es niemals Sieger, sondern nur Verlierer. Krieg ist nicht nur das Scheitern der Politik, die Niederlage der Diplomatie, sondern auch das Ende der Vernunft. Sinnlose Menschenopfer sind einkalkuliert. Menschen schlachten sich gegenseitig ab,

Frauen werden vergewaltigt, Kinder werden zu Soldaten gemacht. Traumata bleiben ein Leben lang bestehen.

Warum hat Herr Bush nicht begriffen, dass Gott und die Welt keinen Krieg wollen.

Die Kirchen der Welt haben 1948 in Amsterdam formuliert: Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein. Krieg ist Gotteslästerung, weil der Mensch sich zum Herr über Leben und Tod macht. Es ist Gotteslästerung, wenn auch in diesem Krieg Gottes Name auf beiden Seiten im Mund geführt wird.

Für die, die Jesus nachfolgen, gilt der Satz: Selig sind die Friedfertigen.

Jahrhunderte lang wurde in den Kirchen darüber gestritten, ob es einen gerechten Krieg geben kann. Endlich hat sich in den Kirchen im 21. Jahrhundert weltweit die Einsicht durchgesetzt, dass es niemals um gerechte Kriege gehen kann, sondern nur um gerechten Frieden. Kirchen können nicht Kriege legitimieren, sondern haben zum Frieden zu rufen.

Ich bin mir bewusst, auch wer nicht zu den Waffen greift, kann schuldig werden, weil ein Diktator mit Giftgas mordet, weil Flüchtlingselend und Terror nicht verhindert werden. Wer aber meint, mit Waffen Frieden zu bringen, wird auch schuldig, nimmt den Tod von Kindern und Frauen, von unschuldigen Zivilisten in Kauf. Es ist eine Lüge an die Menschheit, von einer chirurgischen Kriegsführung zu sprechen, die nur militärische Ziele trifft.

Ja, der Irak muss abrüsten. Und ich bin mir sicher, die Waffeninspektoren waren auf dem richtigen Weg. Aber nicht nur der Irak, die ganze Welt muss abrüsten.

Warum werden denn all diese A-, B-, und C-Waffen entwickelt?

Warum gehören die USA, Russland, Frankreich, England und Deutschland zu den größten Waffenexporteuren der Welt und klagen dann, dass diese Waffen angewendet werden?

Warum investieren wir die Milliarden, die in die Rüstung gesteckt werden, nicht in Entwicklungshilfe, damit Frieden sich entwickelt und Terror im Keim erstickt wird?



In der Welt sterben täglich 24 Tausend Menschen an Hunger. Um 48 Milliarden US-Dollar wurde der Militärhaushalt der USA für dieses Jahr aufgestockt. Etwa die gleiche Summe würde man benötigen, dass kein Mensch mehr auf der Welt verhungern muss. Diese Investitionen in die Menschlichkeit würde Frieden schaffen, weil die Wurzel von Terror und Gewalt in der Ungerechtigkeit liegt.

In der Bibel heißt es, im Buch der Offenbarung: "Eines Tages wird Gott abwischen alle Tränen. Und der Tod wird nicht mehr sein, noch Leid, noch Geschrei, noch Schmerz wird mehr sein." Das drückt unsere Sehnsucht nach Frieden aus, unsere Hoffnung auf Gerechtigkeit. Das heißt aber für uns nicht, die Hände in den Schoss legen und warten und uns trösten lassen auf ein Jenseits. Sondern das heißt für uns: wir setzen uns dafür ein, dass Tränen und Leid schon hier und jetzt überwunden werden.

Der amerikanische Präsident soll den Aufschrei hören, der hier in Celle wie an Millionen anderer Orte rund um die Welt erschallt: Stoppt den Krieg! Krieg darf nach Gottes Willen nicht sein.

## Paul Stern (Friedensratschlag) :

Die Folgen dieses Massakers sind nicht absehbar, bekannt sind dagegen die Folgen des 2.Golfkrieges 1991. Nach US-Angaben gab es 150.000 tote irakische Soldaten und Zivilisten. Doch genau genommen hat dieser Krieg gegen den Irak und seine Bevölkerung nie aufgehört. Regelmäßig, zeitweise täglich, bombardierten US- und britische Kampfflugzeuge den Irak.

Das seit über 12 Jahren bestehende Embargo, das es z.B. verbot, dass lebenswichtige Medikamente in das Land eingeführt werden durften, forderte nach UN-Angaben schon 1,6 Millionen Tote, darunter eine halbe Million Kinder und Säuglinge. Madelaine Albright - damalige US-Außenministerin - antwortete 1996 auf die Frage, ob eine halbe Million tote Kinder den Preis wert sei: "Ich glaube, das ist eine sehr schwere Entscheidung, aber der Preis - wir glauben, es ist den Preis wert."

Dies zeigt deutlich, dass es der Koalition, der sogenannten "Koalition der Willigen", in keinsten Weise um die Interessen des unterdrückten irakischen Volkes geht - im Gegenteil ist sie für den massenhaften Tod irakischer Zivilisten verantwortlich.

Dieser Krieg dient dem Interesse des US-amerikanischen und britischen Imperialismus und seiner Vormachtstellung in der Region, um die riesigen Ölvorkommen zu kontrollieren. Die angeblichen Massenvernichtungswaffen, die angebliche Bedrohung des Westens sind nur ein billiger Vorwand, diesen Krieg zu rechtfertigen. Dieser Krieg wurde seit mindestens 1 ½ Jahren von der US-Administration vorbereitet, begleitet von propagandistischen Feldzügen in den Medien. Das Fälschen von "Beweisen" gehört ebenso dazu wie die zynische Instrumentalisierung der unterdrückten irakischen Bevölkerung. Die Diktatur Saddam Husseins und seiner Baath-Partei kann nicht durch Bombardierungen gestürzt

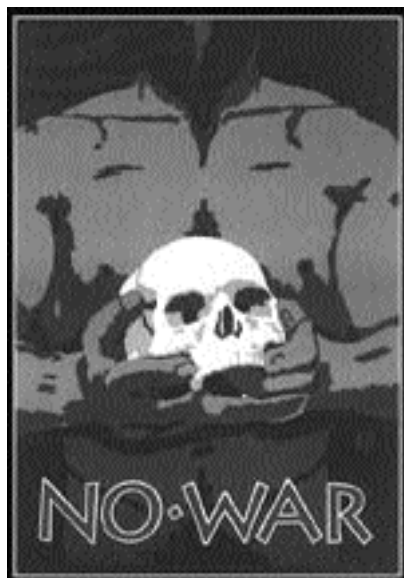
werden, sondern nur durch die irakische Bevölkerung selbst.

Die irakische Bevölkerung stand am Ende des 1.Golfkriegs kurz davor, Saddam zu stürzen. Doch die aufständischen Kurden im Norden und die Schiiten im Süden wurden vom Westen im Stich gelassen und verraten, und wurden so von Saddams Armee niedergemetzelt. Das Problem "Saddam Hussein"

wäre also schon längst gelöst, wenn der Westen es gewollt hätte. Doch es geht dem Westen ja nicht um Menschenrechte und das Wohlergehen der irakischen Bevölkerung - sondern um die Kontrolle der Region, daher ließen sie Saddam damals an der Macht und daher wollen sie ihn heute stürzen.

Es sind die westlichen Staaten selbst, die die ganze Welt mit Waffen versorgen und aufrüsten, so auch den Irak. Der Irak erhielt aus Frankreich die Kapazitäten für sein Atomprogramm, aus den USA biologische Kampfstoffe wie z.B. Anthrax und aus Deutschland kam das Giftgas, mit dem in den 80er Jahren Kurden und Iraner vergast wurden. Es sind die westlichen Staaten selbst, die eine ständige Bedrohung für die Welt darstellen - die Überfälle und Kriege gegen den Sudan 1998, Jugoslawien 1999 und Afghanistan sind deutliche Beispiele.

Im Gegensatz zu diesen Beispielen ist an diesem Krieg aber etwas anders: er hat zu einem offenen Streit innerhalb der imperialistischen Staaten geführt - die von manchen für tot erklärte Konkurrenz kapitalistischer Nationalstaaten tritt wieder offen zu tage. Allen voran ist es die deutsche Regierung, neben Frankreich und Russland, welche sich gegen den Krieg ausspricht. Aber nicht, weil sie generell etwas gegen Kriege hat. In den letzten 4 Jahren hat sie u.a. mit dem Überfall auf Jugoslawien und seiner Zerschlagung gezeigt, dass sie auch



vor einem Angriffskrieg nicht zurückschreckt. Allein die Tatsache, dass Deutschland nach den USA die meisten Soldaten in Auslandseinsätzen geschickt hat, spricht eine deutliche Sprache. Aber dieser Krieg heute entspricht nicht dem Interesse des deutschen Kapitals und der herrschenden Klasse in Deutschland. Die alleinige Kontrolle des Nahen Ostens durch die Konkurrenten USA und GB wird befürchtet. Damit deutsche Wirtschaftsinteressen nicht gänzlich unbeachtet bleiben, wenn es zu einer Neuaufteilung des Nahen Ostens kommen sollte, unterstützt die rot-grüne Regierung diesen Krieg indirekt.

### Wie sieht die Beteiligung Deutschlands aus?

**Die US-Kasernen:** Die USA hat Stützpunkte in Deutschland und die BRD hilft als eine Art Wach- und Schließgesellschaft und hilft bei der Logistik. Bundeswehrsoldaten entlasten ihre in den Golf verlegten USA-Kollegen bei der Objektsicherung. 7000 Bundeswehrsoldaten von Heer, Luftwaffe, Marine und Streitkräftebasis bewachen 95 US-Kasernen und andere Einrichtungen. Von hier starteten USA-Verbände in den Golf. Im Mittelmeer und am Horn von Afrika fährt die deutsche Marine ihren "Streifendienst".

**Überflugrechte:** Deutschland wird sich zwar nicht aktiv beteiligen, Überflugrechte, der Transit von Truppen sowie die uneingeschränkte Nutzung von USA-Stützpunkten in Deutschland werden aber gewährt.

**Soldaten:** In Kuwait sind ABC-Abwehrpanzer stationiert. Die Besatzung der AWACS- Maschinen kommt aus 11 Nato-Staaten, jeder 3. ist Deutscher. Die Flugzeuge sind nicht nur passive Überwacher, sondern geben Bombern Ziele für Angriffe vor.

**Auslandseinsätze:** Durch Auslandseinsätze der Bundeswehr in der Golfregion, in der Türkei, Kuwait, am Horn von Afrika und Afghanistan entlastet die Bundeswehr das US-Militär für den Irakkrieg.

**Geheimdienst-Mitarbeit:** Deutsche Firmen hatten sich (nebst dem Waffenexport in den Irak) stark am Bau von irakischen Anlagen beteiligt, jetzt werden Konstruktionszeichnungen weitergegeben.

Wäre es Rot-grün ernst mit ihrem "Nein" zum Krieg, würden sie diese Handlungen sofort einstellen. Der verlogene Doppelcharakter der deutschen Regierung muss bei allen Anti-Kriegs-Protesten aufgezeigt werden. Rot-grün steht nicht auf unserer Seite!

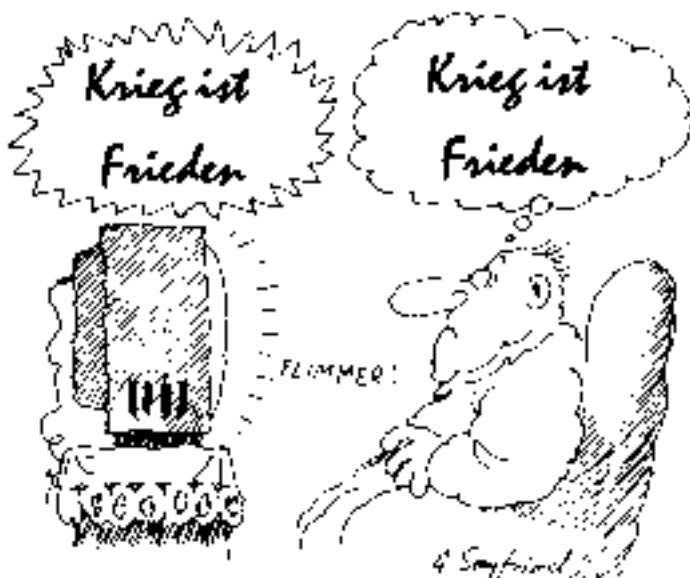
Angesichts der sich verschärfenden Weltwirtschaftskrise, der zunehmenden Konkurrenz der imperialistischen Staaten untereinander und ihrer verschärften Aggression gegenüber den Ländern der 3. Welt wird dies nicht der letzte Krieg gewesen sein. Neue Kriege gegen den Iran, Nordkorea, Kuba, Venezuela und die sozialen Bewegungen in Kolumbien und anderen Ländern kündigen sich schon an. Daher darf das Engagement gegen den laufenden Irak-Krieg nicht mit einem Ende des Krieges aufhören - sondern muss sich darüber hinaus zu einer weltweiten Bewegung entwickeln, die die Grundlage für solche Kriege beseitigt. Und Grundlage ist das weltweite neoliberale System mit seinen Eigentumsverhältnissen und seiner Ausgabenpolitik. Innenpolitisch drückt sich das so aus:

In Deutschland wird der Zuschuss für die Bundesanstalt für Arbeit im Jahr 2003 um ca. 2,5 Mrd. Euro gekürzt. Für Militärausgaben ist aber Geld da, z.B. für 180 Eurofighter zu je 21 Millionen Euro. Für jene 15 Mrd. Euro könnten 250000 Sozialwohnungen gebaut werden. Für Militärhubschrauber werden 9 Mrd. Euro ausgegeben, dafür könnten 1000 Grundschulen und 4000 Kindergärten entstehen. Die geplanten Kriegsschiffe kosten 4 Mrd. Euro, die Panzer 3,5 Mrd. Euro und die militärischen Transportflugzeuge 5,5 bis 6 Mrd. Euro. Wie viel Krankenhausbetten könnten dafür gerettet werden? Es wird militärisch aufgerüstet, bei gleichzeitiger Streichung von Sozialausgaben. Krieg nach außen - Krieg nach innen.

Die Perversität dieser Verhältnisse drückt sich international in solchen Fakten aus, dass z.B. die 5 reichsten Männer auf der Welt mehr besitzen als die Menschen in den 50 ärmsten Staaten zusammengenommen. Die 200 größten Konzerne haben eine größere Wirtschaftskraft als 80% der ärmeren Weltbevölkerung, das sind 4,5 Milliarden Menschen.

Dem monopolisierten Reichtum steht eine Verelendung gegenüber, wie sie in der Geschichte der Menschheit noch nie zuvor da gewesen ist. Der Neoliberalismus ist immer weniger in der Lage, seine Widersprüche zu integrieren und in einer Weise auszutragen, die im Westen als "zivilisiert" und "demokratisch" gilt.

Zu der Barbarei des Systems gibt es nur eine Alternative: Stoppt den Krieg - eine andere Welt ist möglich und nötig! (...) Stoppt das Morden - die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten. Peace now.



# Der Krieg gegen den Irak - Zur Rolle der USA, der EU und Deutschlands



Der Politikwissenschaftler Tobias Pflüger, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Informationsstelle Militarisierung in Tübingen und Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von attac, hielt Ende März auf Einladung des Celler Friedensratschlags einen Vortrag im Bunten Haus. Vor leider nur rund 25 BesucherInnen skizzierte Pflüger die

Interessen der USA (Hegemonialanspruch, Kontrolle des Ölpreises, Durchsetzung der Präventivkriegsstrategie). Die Politik der Bundesregierung beschrieb er als "Doppelstrategie", bei der neben dem diplomatischen Nein die umfassende Kriegsunterstützung der USA steht (Überflugrechte, Awacs etc.). Seine Analyse des von Deutschland angestrebten weltpolitischen Aufstiegs in diplomatischer und militärischer Hinsicht ist in der April-Ausgabe der "konkret" erschienen. Tobias Pflüger hat uns diesen Artikel zur Veröffentlichung freigegeben:

"Manchmal werden bahnbrechende Weichenstellungen übersehen: Mit seinem Satz, die Freiheit könne auch am Hindukusch verteidigt werden, hätte Verteidigungsminister Struck hier zu Lande eigentlich einen pazifistischen Aufschrei erzeugen müssen. Aber auch als Bundeswehr-Generalinspekteur Schneiderhan Präventivschläge mit deutscher Beteiligung ins Spiel brachte, blieb es ruhig. Fast unbemerkt haben Struck und sein oberster Soldat eine Diskussion über die strategische Neuausrichtung der Bundeswehr angestoßen, die in der größten Bundeswehr-Reform aller Zeiten münden kann", so stand es am 02. Februar in der militärnahen Tageszeitung "Welt am Sonntag".

Wenn diese Feststellungen so richtig sind, sind zwei Fragen zu klären: 1. Warum blieb es so relativ ruhig bei den genannten Äußerungen und 2. Was bedeutet diese "strategische Neuausrichtung der Bundeswehr?" Beide Fragen sind ohne den Kontext des Krieges gegen den Irak nicht beantwortbar. Zur ersten Frage: Es ist richtig, die bundesdeutsche Gesellschaft reagierte auf Peter Strucks berühmt-berühmten Satz vom 04.12.2002 "Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt" sehr verhalten. Leider eine seit Jahren bekannte Reaktion bei weiteren wesentlichen Entscheidungen der Militarisierung Deutschlands. Klare Reaktionen und Kritik an der skandalösen Äußerungen Strucks gab es lediglich aus den Reihen der vielgeschmähten Friedensbewegung. Dies obwohl die Kräfte der Antikriegs- und Friedensbewegung nicht unwesentlich gebunden sind in der Organisation von Aktionen und

Informationen gegen den Irakkrieg. Und dies auch, obwohl sich diese Kräfte ständig gegen weitestgehend ungerechtfertigte Vorwürfe des Antiamerikanismus und Antisemitismus wehren müssen. Es ist einfach falsch, den zentralen Kräften der Antikriegs- und Friedensbewegung z.B. vorzuwerfen, sie würden nur die US-Regierung für ihre Kriegspolitik kritisieren. Gerade die Kritik der deutschen Militär- und Kriegspolitik ist für diese Gruppen und Institutionen von zentraler Bedeutung. Nur - und das ist ein zentraler Aspekt - über diese Kritik an deutscher Kriegs- und Kriegsunterstützungspolitik wird weniger berichtet. Viele (auch linksliberale und linke) Medien schwimmen da lieber auf der Main-Stream-Linie mit, die da heißt: Deutschland (oder besser die Bundesregierung) würde Friedenspolitik betreiben, und die Bundesregierung wäre tatsächlich gegen einen Irakkrieg. Nein, die Bundesregierung fährt eine bewusste Doppelstrategie in Sachen Irakkrieg: Einerseits eine umfassende militärische Unterstützung des Krieges und andererseits diplomatisch gegen den Krieg. Ohne die Transporte und Überflüge über Deutschland, ohne die aktive Unterstützung durch Deutschland wäre die Kriegsvorbereitung für die Regierungen der USA und Großbritanniens sehr viel schwerer gewesen. Deutschland ist auch als Nachschubbasis bei einem Krieg gegen den Irak zentral. Ziel dieser deutschen Doppelstrategie ist es einerseits eine "Gegenmacht" gemeinsam mit Frankreich weltpolitisch zu etablieren und andererseits doch noch bei einer Nachkriegsordnung im Irak mit dabei zu sein (FAZ 26.09.2002). Diese Doppelstrategie hat den weiteren weltpolitischen Aufstieg Deutschlands zum Ziel. Bisher hat die rot-grüne Bundesregierung den Aufstieg vor allem militärisch organisiert, d.h. durch die Teilnahme an den bisherigen Kriegen gegen Jugoslawien und noch laufend in Afghanistan. Durch das Agieren im Irakkonflikt wurde der weltpolitische Aufstieg Deutschlands nun diplomatisch abgesichert. Keiner kommt mehr in der Weltpolitik an Deutschland vorbei. Die Bundesregierung ist nicht altruistisch gegen Krieg, sie hat einfach andere Interessen (in der Golfregion und darüber hinaus) als die US-Regierung. Diese Schrödersche Linie wird von den zentralen Medien in Deutschland mitgetragen. Auch deshalb war es so ruhig als Peter Struck Klartext redete und für den Kernpunkt deutscher Kriegspolitik, die Bundeswehr, eine "strategische Neuausrichtung" verkündete.





Bleibt die zweite Frage zu klären: Was bedeutet diese "strategische Neuausrichtung der Bundeswehr?" Die Gesamtstärke der Bundeswehr soll weiter reduziert werden: Zielgröße 280.000 Mann und Frau, wobei sich Peter Struck "offen" gezeigt hat für den Vorschlag des ehemaligen Heeresinspektors Helmut Willmann mit 240.000 Mann und Frau. Der Kernbereich der Bundeswehr, die sogenannten Einsatzkräfte sollen 150.000 betragen. Was bei der Bundeswehr stattfindet ist eine quantitative Abrüstung und eine "qualitative Aufrüstung". Ziel der Umstrukturierungen der Bundeswehr ist eine kriegsführungsfähige Interventionsarmee. In den Worten von Peter Struck heißt das: Eine "Neuausrichtung der Bundeswehr jenseits von der Landesverteidigung hin zu einer territorialunabhängigen Krisenbewältigung". Strategischer Kernpunkt der Veränderungen sind die Neufassung der "verteidigungspolitischen Richtlinien".

Der Militärhaushalt wurde von Gesamtkürzungen ausgenommen und auf 24,4 Milliarden Euro für die Jahre 2003 bis 2006 festgeschrieben (Wobei das nur der offizielle "Verteidigungs"-Haushalt ist, dazu kommen noch ca. 25 % zusätzliche Ausgaben, die in anderen Haushalten versteckt sind.) Es findet eine interne Umschichtung des Militärhaushaltes statt, der sogenannte investive Bereich - also der Kauf von Kriegsmaterial - wird kontinuierlich erhöht. Unter der rot-grünen Bundesregierung wurden seit Amtsantritt 1998 Verträge "zur Verbesserung der Fähigkeiten der Bundeswehr" in Höhe von rund 14 Milliarden Euro abgeschlossen. Bei den Beschaffungsprojekten findet eine Umschichtung statt, die grob gesagt das Ziel hat, die Interventionsfähigkeit der Bundeswehr weiter zu steigern.

Struck hat nun festgelegt, dass folgende Großbeschaffungen durchgeführt werden sollen: Neuer Schützenpanzer, Gepanzertes Transport Kraftfahrzeug (das ist ein Panzer!), Führungsinformationssysteme, Bewaffnung für die neuen Korvetten, Entwicklung und Beschaffung von unbemannten Luftfahrzeugen, Entwicklung eines "Taktischen Luftverteidigungssystems", Beschaffung des IT-Vorhabens Herkules, die sogenannte "Rollenanpassung" des Eurofighters sowie Beschaffung von spezieller Ausrüstung für die Sondereinheiten der Bundeswehr, die in der "Division Spezielle Operationen" zusammengeschlossen sind (Kommando Spezialkräfte (KSK) - Calw, Luftlandebrigade 31 - Oldenburg, Luftlandebrigade 26 - Saarlouis, u.a.). Gleichzeitig werden weniger Kampfhubschrauber Tiger angeschafft (wobei die betroffene Industrie darauf hin weist, dass die noch nie bestellt waren, sondern nur eine Option waren), die Flugabwehrraketenverbände Hawk und Roland werden außer Dienst gestellt, dafür mehr Patriot angeschafft (die dann wieder an die Türkei oder Israel ausgeliehen werden können). Bei der Marine werden Schnellboote der Klasse 143 ausgemustert. Das Kommando Spezialkräfte soll auf 400 einsatzbe-

reite Soldaten erhöht werden.

Zentraler Punkt der Strategieveränderung sind die in Arbeit befindlichen "Verteidigungspolitischen Richtlinien", die im Mai vorgelegt werden sollen: Offiziell bekannt sind davon aber bisher nur die elf Kriterien, die Peter Struck dazu mit folgender Einleitung bekannt gegeben hat: "Sie wissen, dass seit Jahren vorrangig Aufgaben im Rahmen der internationalen Konfliktverhütung und der Krisenbewältigung die Einsatzrealität der Bundeswehr bestimmen. Meine weiteren Überlegungen gehen von der Annahme aus, dass der Schwerpunkt der Aufgaben der Bundeswehr auf absehbare Zeit im multinationalen Einsatz und jenseits unserer Grenzen liegen wird."

1. Die Aufgaben der Bundeswehr werden angesichts einer gewandelten sicherheitspolitischen Lage neu gewichtet.

2. Eine Gefährdung deutschen Territoriums durch konventionelle Streitkräfte gibt es derzeit und auf absehbare Zeit nicht.

3. Die sicherheitspolitische Lage erfordert eine Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die umfassend angelegt ist und gemeinsam mit Verbündeten und Partnern organisiert ist.

4. Die multilaterale Sicherheitsvorsorge ist ein grundlegender Bestimmungsfaktor deutscher Verteidigungspolitik.

5. Für die Bundeswehr stehen Einsätze der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung sowie zur Unterstützung von Bündnispartnern auch über das Bündnisgebiet hinaus im Vordergrund.

6. Die ausschließlich für die Landesverteidigung vorgehaltenen Fähigkeiten werden in aktiven Strukturen nicht länger benötigt.

7. Die knappen Ressourcen müssen künftig noch stärker als bisher vor allem zur Erfüllung der originär militärischen Aufgaben eingesetzt werden.

8. Für die Beschaffungs- und Ausrüstungsplanung wird ein fähigkeitsorientierter Gesamtansatz entwickelt. Rüstungskoooperation im europäischen und transatlantischen Rahmen ist prioritär.

9. Die Bundeswehr kann verstärkt und rascher auf die wahrscheinlichsten Aufgaben der internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung ausgerichtet werden. 10. Die Bundeswehr benötigt nach Einsatzbereitschaft und Präsenz differenzierte Streitkräfte, die schnell und wirksam zusammen mit den Streitkräften anderer Nationen eingesetzt werden können.

11. Die Wehrpflicht bleibt in angepasster Form für Einsatzbereitschaft, Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der Bundeswehr ohne Alternative.

Inoffiziell sind weitere Punkte der neuen verteidigungspolitischen Richtlinien bekannt: Wolfgang Schneiderhan teilte in diversen Interviews teils verklausuliert, teils offen mit, dass Teil der neuen "verteidigungspolitischen Richtlinien" das Präventivkriegskonzept sein soll. Genau dieses





Präventivkriegskonzept ist neben der Herstellung einer Hegemonialordnung durch Krieg, dem Zugang zum Öl, und der innenpolitischen Situation in den USA wesentlicher Grund für den Irakkrieg. Die "National Security Strategy" (NSS) der USA, besser bekannt als Bush-Doktrin, hat als Kernelement genau dieses Präventivkriegskonzept, was besagt, dass die US-Regierung bereit ist, Staaten oder nichtstaatliche Akteure mit Krieg anzugreifen, wenn sie durch diese ihre Interessen bedroht sieht. Insofern ist der Irakkrieg auch ein Testlauf für das neue Präventivkriegskonzept. Am Rande der wichtigen NATO-Tagung am 21./22.11. in Prag wurde unter den Regierungschefs und NATO-Vertretern "en passant" diskutiert, ob die Präventivkriegsstrategie in ihren Kernteilen von der NATO als Strategie übernommen werden sollte. Auf meine damaligen Warnungen (vgl. u.a. IMI-Analyse 2002/86b "Präventivkriege - jetzt auch deutsche Politik?" veröffentlicht in: junge welt vom 25.11.2002) gab es wenige Reaktionen. Am 22.11.2002 befragte ich den stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Gernot Erler für die Zeitschrift "Wissenschaft und Frieden": "Es ist ja im Rahmen des Nato-Gipfels von US-Seite vorgeschlagen worden, dass so was ähnliches wie die "National Security Strategy", also die Bush-Doktrin, für die Nato gelten soll. Wolfgang Schäuble hat jetzt im Bundestag das Gleiche vorgeschlagen, man solle sich die Kernelemente dieser Strategie zu eigen machen, z. B. sogenannte Präventivkriege. Die Bundesregierung hat bisher keine Position bezogen. Wurde da der Nato-Gipfel nur abgewartet?". Erlers Antwort war u.a.: "... Ich denke schon, dass jede Änderung der amerikanischen Doktrinen eine mittelfristige Auswirkung auf die Strategiedebatte der Nato hat. ... Eine einfache Übernahme dieser Doktrin, die übrigens eine sehr amerikanische Doktrin ist und also so eins zu eins gar nicht Nato-Doktrin werden könnte, steht nicht zur Debatte. Hindernisse, wie der Parlamentsvorbehalt in Deutschland, würden das sowieso ausschließen, aber das ist eher eine Einzelheit in diesem Kontext. Dementsprechend ist auf dem Prager Gipfel

auch nichts in dieser Richtung beschlossen worden. Vielleicht gab es am Rande des Gipfels Gespräche zu diesem Thema." Meine Nachfrage war: "Also mittelfristig kommt das?", seine Antwort: "Mittelfristig wird die Debatte kommen." Überraschend ist eigentlich nur noch wie kurz "mittelfristig" inzwischen sein kann.

Der von Gernot Erler erwähnte "Parlamentvorbehalt" ist CDU/CSU und Bundesregierung schon lange ein Dorn im Auge: Deshalb hat jetzt Peter Struck verkündet, dass im Lauf des Jahres ein sogenanntes "Entsendegesetz" zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr verabschiedet werden sollte. Ziel ist, dass der Bundestag weiterhin über Auslandseinsätze entscheidet, aber die Regierung alleine die Mandatsverlängerung bewilligen kann. Wenn es also Probleme bei einem Einsatz gibt, kann der Bundestag diesen gar nicht mehr stoppen. Musterbeispiel dafür ist "Enduring Freedom", am 16.11.2001 mit der Vertrauensfrage durchgepeitscht. Am 15.11.2002 hatte die Bundesregierung im Bundestag relativ geräuschlos eine Verlängerung des Mandats erreicht, obwohl der Auftrag in mehreren Bereichen (z.B. Kommando Spezialkräfte in Afghanistan, Marine am Horn von Afrika) deutlich ausgeweitet wurde. Teil des Beschlusses sind auch ABC-Abwehrsoldaten in Kuwait, deren Teilnahme beim Irak-Krieg sehr wahrscheinlich ist. Die tschechischen Soldaten der gleichen Einheit sind schon von den USA angefordert worden.

Zu der geschilderten Gesamtentwicklung passt der schleichende Einsatz der Bundeswehr im Innern: Seit dem Vorfall mit einem Privatflugzeug bei Frankfurt wird die Bundeswehr auch zur "Terrorabwehr im Luftraum" eingesetzt. Außerdem bewacht die Bundeswehr mit ca. 3.000 Soldaten seit Ende Januar 99 der 95 US-Militärobjekte in Deutschland. Schmierestehen dafür, dass andere den Krieg führen können.

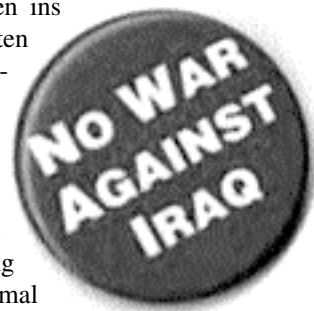
## Kundgebung gegen Kriegsbeteiligung der Celler "Wüstenratten"

Eine knappe Woche nach Kriegsausbruch hatte der Celler Friedensratschlag zu einer Demonstration zur britischen Kaserne an der Hohen Wende aufgerufen. Die dort stationierten sogenannten "Wüstenratten" kämpfen seit dem 20. März Seite an Seite mit den US-Truppen. Die Stadt Celle verbietet aber die angestrebte Kundgebung vor dem Kasernentor unter dem Hinweis auf eine "verschärfte Bedrohungslage". Der Friedensratschlag verzichtete auf einen juristischen Streit - und auch auf eine Demonstration, deren Abschlusskundgebung auf der Straße "Am Wasserturm", an der Rückfront der Kaserne - getrennt durch Eisenbahn und Sportplatz - hätte stattfinden sollen. Vor dem Alten Rathaus versammelten sich dann doch noch rund 150 TeilnehmerInnen, zu denen vom Friedensratschlag Paul Stern und vom DGB Hartwig Erb sprachen. Auf dem zentralen Transparent war zu lesen:

"STOP THE WAR - DESERT! KEINE ÜBERFLUGRECHTE"

## Schulstreik gegen den Krieg

"Books not bombs" - unter diesem Motto war an Celler Schulen für den Tag X+1 zu einem Streik ab der 4. Stunde und einer Demonstration gegen die US/GB-Aggression gegen den Irak aufgerufen. 1500 Schülerinnen und Schüler folgten der Aufforderung, wobei die Berufsbildenden Schulen neben KAV und HBG wohl die meisten TeilnehmerInnen stellten. Von den Schulen aus ging es zunächst in verschiedenen Demonstrationszügen ins Stadtzentrum, wo vor dem Alten Rathaus eine Kundgebung stattfand. Hierbei wurde vor allem der Wunsch nach einer Welt ohne Kriege durch Redebeiträge und Sprechchöre zum Ausdruck gebracht. Im Anschluss an die Kundgebung entwickelte sich spontan nochmal eine Demonstration, die teilweise den Innenstadtverkehr lahm legte.



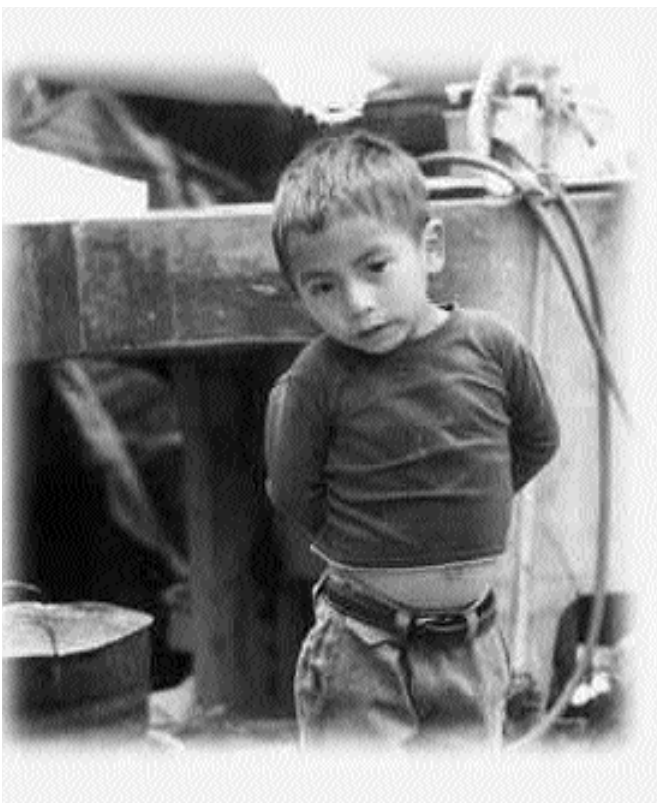
## Hauptproblem:

## Der Unterschied zwischen Arm und Reich

# Vortrag zum Irak-Krieg

Das Problem des Terrorismus lasse sich nicht mit militärischen Mitteln lösen, genauso wenig wie eine demokratische Entwicklung in den Ländern des Nahen Osten sich mit Krieg herbeiführen lasse. Ausgehend von diesen Thesen beschäftigte sich Dr. Gazi Caglar im Februar in einem Vortrag mit den Hintergründen des Irak-Krieges. Gut 50 Interessierte folgten im Bunten Haus dem Referat des 1980 aus der Türkei geflohenen und heute an der Universität Hannover lehrenden Politologen, Religionswissenschaftlers und Historikers.

Die Terroranschläge auf das World Trade Center und das Pentagon haben nach Auffassung Caglars die Weltpolitik dramatisch verändert. Das Denken im Modus "heiliger Kriege" und "heiliger Allianzen" mit aller dazugehörigen innenpolitisch-militärischen Disziplinierung der jeweiligen Gesellschaften und Köpfe habe zugenommen. Die USA hätten den permanenten Krieg zu ihrer Strategie der Weltführung erkoren. "Krieg soll, geht es nach den USA, wieder Teil politischer Normalität werden."



Gazi Caglar, der mit seinem Buch "Der Mythos vom Krieg der Zivilisationen" eine Replik auf Huntingtons "Kampf der Kulturen" verfasst hat, wies Interpretationen zurück, die in den Anschlägen vom 11. September einen Ausdruck der Ohnmacht der Unterdrückten sehen wollen. Der Islamismus sei eine im wesentlichen von Mittelschichten getragene Bewegung, die sich ihrerseits an der Unterdrückung der verarmten Bevölkerungen beteilige. Die Unterschiede zwischen

"islamischer" und "westlicher" Kultur würden von islamistischen Bewegungen aber für eine Dämonisierung der USA instrumentalisiert. Die auch in westlichen Gesellschaften salonfähige Vorstellung von einem "Kampf der Kulturen" übersehe ebenso das Hauptproblem: "Viele der Regionen gerade im Nahen Osten unterliegen trotz ungeheurer natürlicher Reichtümer einer ständigen Verarmung. In einer Welt, in der 20% der Menschheit über 80% der Ressourcen verbrauchen, ist ganz klar, dass die Armen sich den Reichen gegenüber immer benachteiligt fühlen werden. Die eigentliche Ursache für die meisten Konflikte ist deshalb nicht ein Unterschied zwischen westlicher und islamischer Kultur, sondern der zwischen Arm und Reich."

Schon der Afghanistan-Krieg sei weder allein "Terrorbekämpfung" noch "Zivilisierungsmission", sondern von geostrategischen und ökonomischen Interessen geprägt gewesen. Caglar nannte die Öl- und Gasreserven des Kaspischen Meeres und das Erfordernis ihres sicheren Transports. Im gesamten Nahen Osten wären die strategischen Interessen der USA bestimmt vom Ziel des unbeschränkten und dauerhaften Zugang zum Öl als dem Lebenselixier der industrialisierten Länder. Und auch die Distanz der französischen, deutschen und russischen Regierungen zur anglo-amerikanischen Kriegsallianz lasse sich nicht aus einer prinzipiellen Ablehnung von Krieg als Mittel der Politik erklären, sondern nur von ihren jeweils noch differierenden, aber allesamt in Konkurrenz zu den USA stehenden eigenen Interessen in der Region.

Obwohl der Referent das Regime Saddam Husseins aufs schärfste kritisierte, vertrat er die Auffassung, dass sich aus dem Sturz des Diktators nur dann eine positive Entwicklung ergeben könne, wenn er von einer sozialen Opposition im Land initiiert werden könne. Ein von den USA betriebener Regimewechsel und die beabsichtigte Besetzung des Landes würde dagegen in der gesamten arabischen Welt den Hass der Bevölkerungen auf den Westen vertiefen.

"Ohne eine Fundamentalveränderung der ungerechten Weltwirtschaftsordnung wird es keine umfassende und wirkliche Sicherheit auf diesem Planeten geben," meinte der Nahostexperte: "Daher wird der geplante US-Feldzug keinen Frieden mit sich bringen, sondern zu weiterer Eskalation führen. Selbst wenn man einen brutalen Herrscher wie Saddam zur Verantwortung zöge, würden mit allergrößter Wahrscheinlichkeit weitere Bin Ladens und Saddams sofort nachwachsen. Noch eines ist gewiss: Wenn die Gewalt auf unserem Planeten solche Formen angenommen hat, dann ist es höchste Zeit, darüber nachzudenken, welche Verantwortung hierfür diejenigen tragen, die systematisch die Reorganisation unseres Planeten auf der Grundlage von Solidarität, Selbstverwaltung und ökonomischer und sozialer Gerechtigkeit verhindern."

RR.

# Celler Friedensratschlag warnt: Nicht zur Tagesordnung übergehen



Zum absehbaren Ende des "militärischen Teils" des Kriegs gegen Irak erklärte der Sprecher des Celler Friedensratschlags, Paul Stern: "Das einzig Gute, was für die Friedensbewegung zählt, ist die Tatsache, dass das Morden endlich vorbei geht." Nur

könnte man darüber, dass eine Aggressionsstreitmacht einen völkerrechtswidrigen Krieg für sich entschieden hat, keine Freude empfinden. Dass mit der irakischen Niederlage nun ein Diktator weniger sein Unwesen treibe, könne außerdem nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Nachkriegsordnung nicht von den Interessen der irakischen Bevölkerung, sondern einzig denen der Siegermächte und ihrer am Wiederaufbau verdienenden Konzerne bestimmt sei.

Der Celler Friedensratschlag bilanzierte auf seinem letzten Plenum, dass in Celle überraschend viele Menschen, vor allem Schülerinnen und Schüler, an den beiden Kundgebungen der Initiative beteiligt hätte. "Die Friedensbewegung hat in ihrer pazifistischen und antimilitaristischen Orientierung dabei nicht allein die USA kritisiert," meinte Stern, "sondern auch die Bundesregierung, die ihrem diplomatischen Nein keinen einzigen konkreten Schritt gegen die Umsetzung des Krieges über das Drehkreuz Deutschland unternommen hat." Der Initiativen-Sprecher verwies auf die Erteilung der Überflugrechte, die Erlaubnis zur kriegsunterstützenden Nutzung der

US- und britischen Militärbasen und auch den Awacs-Einsatz deutscher Soldaten. "Die Bundesregierung hat aus unserer Sicht verfassungswidrig gehandelt."

Die Celler Initiative, die sich schon Wochen vor Kriegsausbruch gegründet hatte, sieht keinen Anlass ihre Arbeit jetzt einzustellen. "Derzeit ist jede Nachkriegszeit auch eine neue Vorkriegszeit," meinte Stern. Der Friedensbewegung müsse zum einen an einer gründlichen Aufarbeitung liegen, die die Interessen der Akteure dieses Krieges weiter beobachte und analysiere. Auf der anderen Seite bleibe es dabei, den Siegermächten jede Legitimation für den von ihnen zu verantwortenden Krieg zu verweigern. "Die Präventivkriegstrategie bedroht - wie das von manchen Demonstranten so genannte Bush-Feuer - die Länder des Südens, wo sie nicht den Interessen des Nordens folgen, mit permanentem Krieg. Das darf nicht die internationale Politik der nächsten Jahre und Jahrzehnte werden," so der Sprecher des Celler Friedensratschlags. Aufpassen müsse die Öffentlichkeit aber auch, inwieweit sich die Konzepte der Bush-Doktrin in den neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr wiederfinden würde. Die Friedensbewegung habe hier keine Gemeinsamkeiten mit der Bundesregierung. "Wer Deutschland am Hindukusch verteidigen will, wie Peter Struck kann für uns nur ein politischer Gegner sein," so Paul Stern.

---

## Celler KriegsgegnerInnen in Berlin

Ein Krieg gegen den Irak ist ein Verbrechen - diese Auffassung einte die fast 100 Celler TeilnehmerInnen an der Friedensdemonstration, die mit zwei übers Bunte Haus organisierten Bussen am 15.2.2003 nach Berlin gefahren waren. Wie ein Spiegel der gesamten Demonstration kamen die MitfahrerInnen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Spektren. Und neben manchen, die schon in den 1980er Jahren an Demonstrationen gegen Krieg und Aufrüstung teilgenommen hatten, waren auch viele Jugendliche erstmals bei einer derartigen Massendemonstration dabei. Gemeinsam war allen Celler DemonstrantInnen die Sorge, dass der angekündigte Krieg Tausenden von Menschen das Leben kosten wird, in dem es unübersehbar vor allem um den anglo-amerikanischen Anspruch auf die Kontrolle der Ölreserven der Golf-Region gehe. Aber auch die deutsche Regierung wurde von vielen Celler Kriegsgegnern kritisiert. Trotz ihrer öffentlichen Positionierung gegen den Krieg ermöglichen sie den Aufmarsch, indem sie Überflugrechte bewilligen, indem Waffen und Soldaten über deutsche Häfen verschifft und indem deutsche Soldaten in den AWACS-Aufklärungsflugzeugen mitfliegen würden. Die

Bundesregierung, meinten viele, sei unglaublich, solange nicht konsequent jede direkte oder indirekte Unterstützung für den Krieg verweigert und der sofortige Abzug deutscher Truppen aus der Golfregion eingeleitet würde.

## Anti-Kriegsdemonstration in Celle

Rund 400 Menschen waren am 15. Februar dem Aufruf der PDS-nahen "AG Schüler gegen den Krieg" gefolgt. Mit Losungen wie "Krieg ist keine Lösung" und "Kein Blut für Öl" zog die zum größten Teil aus Schülerinnen und Schülern bestehende Demonstration vom Bahnhof in die Innenstadt. Die meisten Schilder und Transparente waren gegen den US-Präsidenten gerichtet ("Bush ist doof", "Löscht das Bushfeuer"). Mit eigenen Fahnen oder Transparenten machten die Türkisch-Islamische Union, die Jusos, die Grünen und die PDS ihre Teilnahme kenntlich. Auf der Abschlusskundgebung an der Stechbahn sprachen u.a. die Celler PDS-Europaabgeordnete Feleknas Uca, die über ihre Irak-Reise berichtete, und der Nienhagener Pastor Uwe Schmidt-Seifers.

## Säuberung der Innenstadt

Zuletzt war im Lokalteil der Celleschen Zeitung einige Male zu lesen, dass die Polizei gegen Ladendiebe Aufenthaltsverbote für die City verhängt hat. In der Regel wurde diese "Verbannung" (CZ) für drei Monate ausgesprochen. Die Celler Polizei macht damit jetzt offenbar in größerem Maßstab von dem 1996 von der SPD-Landesregierung eingeführten Aufenthaltsverbot im sogenannten Gefahrenabwehrgesetz (§17 Abs. 2 Satz 1 NGefAG) Gebrauch, das sie ohne richterliche Anordnung fast beliebig einsetzen kann. Das Gesetz im Wortlaut: "Rechtfertigen Tatsachen die Annahme, dass eine Person in einem bestimmten örtlichen Bereich eine Straftat begehen wird, so kann ihr für eine bestimmte Zeit verboten werden, diesen Bereich zu betreten oder sich dort aufzuhalten, es sei denn, sie hat dort ihre Wohnung. Örtlicher Bereich (...) ist ein Ort oder ein Gebiet innerhalb einer Gemeinde oder auch ein gesamtes Gemeindegebiet." Es handelt sich hierbei letztlich um Instrumente der sozialen Säuberung von Innenstädten, die Umsetzung der reaktionären Vision von der "sauberen Stadt".

## Hölty: Proteste gegen Einschränkung des Russisch-Angebots

Massive Proteste brachten im März Überlegungen der Schulleitung des Hölty zu Fall, Russisch nicht mehr als eine von drei Pflichtfremdsprachen ab Klasse sieben anzubieten. Die Gesamtkonferenz entschied anders, nachdem es Proteste von Seiten der Schülerschaft gab. "Sitzstreik für den Russisch-Kurs ab Klasse 7" - mit diesem Transparent waren zahlreiche SchülerInnen vor ihr Gymnasium gezogen. In der öffentlichen Diskussion war der Schulleiterin Gisela Herfurth vorgeworfen worden, sie wolle eine Abkehr vom Image der "Russen-Schule", was der ehemalige (und eher als

Rechtsaußen bekannte) Schulleiter Zander als "Ausländerfeindlichkeit im stärksten Sinne" kritisierte. Das Hölty-Gymnasium ist eine von nur 15 Schulen in Niedersachsen, die Russisch anbieten. Zwischen sieben und 25 SchülerInnen haben nach Angaben von Stadträtin Sigrid Maier-Knapp-Herbst in den vergangenen Jahren Russisch in der siebten Klasse gewählt. Darunter seien fünf bis 15 SchülerInnen, die mit Russisch als Muttersprache aufgewachsen seien. - Merkwürdigerweise soll als ein Ergebnis der Diskussion, der Russischunterricht künftig separiert für MuttersprachlerInnen und FremdsprachlerInnen erteilt werden. Dafür soll's sogar mehr Lehrerstunden geben. Hat irgendwer in Celle schon mal was von "interkultureller Pädagogik" gehört, also - vereinfacht gesagt - mal nicht zu separieren, sondern die Unterschiede produktiv zu machen? Im übrigen: Wer Ressentiments produzieren will, ist mit "Russen"-Klassen auf einem guten Weg.

## Waffeln für Gleichberechtigung

Der Internationale Frauentag hatte mal was mit "Emanzipation" zu tun. Dass man dem Tag auch eine ganz andere Ausrichtung geben kann, zeigte dieses Jahr das Celler Frauenforum. Unter dem Motto "Jetzt nicht locker lassen" wurden fleißig Waffeln gebacken, um sie in der Fußgängerzone (auch an Männer) zu verteilen, und mit Kaffeegutscheinen Interessierte (auch Männer) ins FiF gelockt. Dort waren dann scheinbar die Hauptattraktion die vom Verband "Frau und Kultur" präsentierten Stickereien mit alten Techniken. - Wen mag da noch überraschen, dass die ausverkaufte Kabarettveranstaltung am Vorabend des 8. März in der Celleschen Zeitung von einem Mann fürs Feuilleton besprochen wurde. Die



eMANNzipation hat halt gesiegt. Marianne Stumpf, Vorsitzende des Vereins Frauenräume, erklärte gegenüber der CZ: "Mag sein, dass die Gleichberechtigung in Deutschland Einzug gehalten hat, doch wir müssen uns mit Frauen anderer Länder solidarisch erklären, wo das nicht der Fall ist." Zeitgleich wurde in der überregionale Presse verlautbart, dass das Lohngefälle in Deutschland im Vergleich zu Frankreich oder Großbritannien enorm ist: Im Westen Deutschlands verdienen Frauen durchschnittlich 25 Prozent weniger als Männer in vergleichbaren Positionen; in den neuen Bundesländern sind es zehn Prozent. Und das Lohngefälle ist nur der empirisch sichtbare Ausdruck von Ungleichheit.

## Lahmer "Krisis"- Vortrag

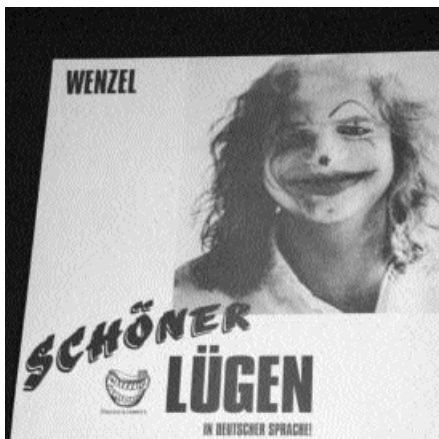
Eigentlich war das Thema ja aktuell und hochbrisant: "Arbeitszwang und Repression". Nur leider meinte der Referent Norbert Trenkle von der Gruppe "Krisis" bei der Veranstaltung im Bunten Haus im März, den Anwesenden eine Einführung in die Grundlagen des Kapitalismus geben zu müssen. (Nichts gegen "Kapital"-Schulungen, nur bitte nicht in öffentlichen Veranstaltungen.) Sein Referat lässt sich deshalb in zwei Thesen zusammenfassen, die mensch zwar nicht in der BILD-Zeitung liest, die aber trotzdem eher alte Hüte sind: Im Kapitalismus geht's nicht um die Bedürfnisse von Menschen, sondern um den Profit. Und zum anderen: Unter den Bedingungen der mikro-technologischen Revolution ist die Produktivität nochmal außerordentlich gestiegen, was bedeutet, dass zur Produktion derselben Warenmenge immer weniger ArbeiterInnen gebraucht werden. Konsequenz: Die Kampfbedingungen hätten sich verschlechtert und damit auch die Umverteilungsspielräume. Dennoch dürfe mensch nicht auf einen schnellen Zusammenbruch des Kapitalismus hoffen, sondern die sozialen Bewegungen müssten - ohne sich

# LOKALES MELDUNGEN PROVINZIELLES

auf Sozialstaatsillusionen zu beziehen - für ihre Interessen eintreten. Der Abend wurde dann noch halbwegs gerettet durch den Ko-Referenten Burkhard Haase von einer Erwerbsloseninitiative in Hannover, der das Hartz-Konzept in seinen Grausamkeiten und Idiotien kompetent vorstellte und Einschätzungen zu den Akteuren gab. Während in Hannover mit Kirchen und Gewerkschaften gemeinsame Ansatzpunkte vorhanden seien, wäre es bei den Bündnisgrünen mittlerweile so, dass sie an Hartz nur noch interessiert, in welchem Status sie ihre Haushaltshilfe künftig am billigsten beschäftigen könnten. - Das Norbert Trenkle ganz auf der anderen Seite ganz interessante Artikel schreibt, lässt sich nachlesen z.B. unter <http://www.trend.partisan.net/trd0403/t070403.html>, dort findet sich sein Text: "Das Ende der Arbeit".

## Strucks Lügen

Am 3. Mai 2002 berichtete die CZ, dass der seinerzeitige SPD-Fraktionsvorsitzende Struck die Sorgen von DGB-Sekretär Tom Seibert um eine Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau zurückgewiesen habe. Das sei unbegründet und mit den Sozialdemokraten nicht zu machen, so Struck. Am 26. Juni 2002 hieß es in einer Pressemitteilung Strucks: "Im Rahmen der Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe wird es keine Absenkung der zukünftigen Leistungen auf Sozialhilfeniveau geben." Ende



Januar 2003 war aus Regierungskreisen zu hören, dass die Arbeitslosenhilfe auf das Niveau der Sozialhilfe gesenkt werden soll - mit einem Gnadenzuschlag von 10 Prozent. Schröder legte in seiner Regierungserklärung vom 14. März dann sogar noch die 10 % zu den Akten. Was rot-grün in kaum mehr als einer Regierungsperiode an sozialem Kahlschlag umgesetzt hat und verkündet, hat Kohl in 16 Jahren nicht geschafft.

## Anklage gegen mutmaßliche PKK-Funktionäre

Mal wieder hat Generalbundesanwalt Kay Nehm vor dem Oberlandesgericht Celle gegen zwei mutmaßliche Funktionäre der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) Anklage erhoben. Die Kurden Hasan A. (50 Jahre) und Ali K. (32 Jahre) sollen Gebietsleiter der PKK-Nachfolgeorganisation, KADEK, gewesen sein. Die Führungsebene der KADEK wird von der Generalbundesanwaltschaft als kriminelle Vereinigung eingestuft. Hasan A. leitete den Anschuldigungen der Nehm-Behörde zufolge von Mai 2000 bis März 2001 die "Region Süd" zwischen Frankfurt am Main und Saarbrücken und anschließend die "Region Nord" zwischen Kassel, Hannover und Osnabrück. Ali K. übernahm danach im Juni 2001 die "Region Mitte" im Raum Köln, Dortmund, Essen. Die beiden mutmaßlichen Funktionäre wurden im Oktober beziehungsweise Februar 2003 verhaftet und befinden sich seither in Untersuchungshaft. Die Prozesstermine finden sich unter:

[http://www.oberlandesgericht-celle.niedersachsen.de/page/presse/pm\\_5.html](http://www.oberlandesgericht-celle.niedersachsen.de/page/presse/pm_5.html)

## Kyffhäuser Bekenntnis

Der Vizepräsident des Kyffhäuserbundes Deutschland, Wolfgang Ehlers, beehrte im März die Nienhäger Kyffhäuser zu ihrem 110-

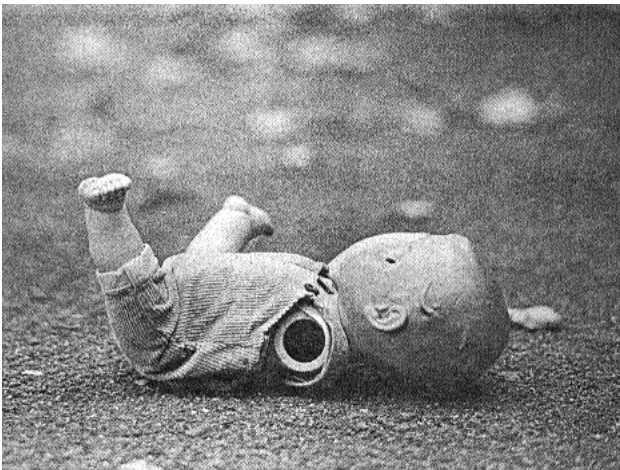
jährigen Jubiläum. Laut CZ bekannte sich der Soldatenverbandsfunktionär zu "deutschen Höhen und Tiefen". Das Bekenntnis zu den "Tiefen" mündete darin, die Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht" des Hamburger Instituts für Sozialforschung eine "schmutzige Ausstellung" zu nennen. Zu den "Höhen" nur soviel: "Wir sind stolz, Deutsche zu sein. Das fällt aber schwer, solange es Minister gibt, die sich weigern, die Nationalhymne zu singen oder sich sogar dafür schämen."

## Vdovenkos in Kanada

Die im Oktober 2002 aus Celle in die Ukraine abgeschobene Familie Vdovenko hat es doch noch geschafft, nach Kanada ausreisen zu können. Insbesondere die evangelischen Kirchen hatten sich im vergangenen Herbst für ein Bleiberecht der vierköpfigen Familie eingesetzt, zumindest solange bis die kanadische Migrationsperspektive geklärt sei. In einer von vielen als "Nacht- und Nebelaktion" kritisierten Verhaftung waren die Vdovenkos dann trotzdem abgeschoben worden. Heftig kritisiert worden war seinerzeit OB Biermann, der mit der Abschiebung offenbar Zusicherungen gegenüber der Kirchenspitze gebrochen hatte.

## Schulträgerschaft bei Landkreis

Durch Beschlüsse von Kreistag und Stadtrat ging die Schulträgerschaft von der Stadt auf den Kreis über. Die Stadt erhofft sich hierdurch Haushaltseinsparungen. Die CDU konnte es nicht lassen, bei diesem eher haushaltstechnischen Vorgang ihre schulpolitischen Vorstellungen in der Vereinbarung festzuschreiben. Dort heißt es nämlich: "Der Landkreis verpflichtet sich, das dreigliedrige Schulsystem zu erhalten sowie von der Bildung von Gesamtschulen abzusehen." Nicht nur rot-grün, selbst die Rektorenkonferenz plädierte dafür, diesen Satz zu streichen. Dass die CDU



damit ein Bildungsprivileg der Reichen festschreiben will, macht nach der PISA-Studie auch die im April vorgestellte "Iglu" (Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung) deutlich, die deutsche Grundschüler im oberen Mittelfeld des internationalen Vergleichs sieht. Erst wenn ab der fünften bzw. siebten Klasse die SchülerInnen sortiert und ins dreigliedrige Schulsystem aufgeteilt werden, sinken die Leistungen im Vergleich mit anderen Ländern, die sich eher an Gesamtschulvorstellungen orientieren.

## Landkreis kürzt bei Zuschüssen zu Schülertransport

Mit den Stimmen von CDU und FDP beschloss der Kreistag im März, die Mindestentfernungen für die kostenlose Schülerbeförderung zu erhöhen. Im Primarbereich von 2 auf 2,5 km, von 3 auf 4 km für SchülerInnen der Klassen 5 und 6, von 3 auf 5 km für die Klassen 7 bis 10 und von 5 auf 8 km für SchülerInnen der Sekundarstufe II. Der Landkreis will dadurch Einsparungen von bis zu 350000 Euro erzielen. Zu zahlen haben das künftig die Eltern, wobei Familien, die auf Sozialhilfe angewiesen seien, die Kosten nach wie vor erstattet bekämen.

## "Cities for Peace" – Missbrauch? Biermann täuscht Rat

Die Ratsfraktionen von SPD und Bündnisgrünen wollten Anfang April dem "Nein" ihrer Bundesregierung zum Irak-Krieg mit einer Ratsresolution Rückenwind verschaffen,

sich als Friedensfreunde darstellen und die CDU vorführen. Nichts davon klappte so richtig. Oberbürgermeister Biermann holte eine Rechtsauskunft beim neuen CDU-Innenminister ein, der - wie Biermann mitteilte - seine Auffassung über die Nicht-Zuständigkeit des Rates für außenpolitische Angelegenheiten bestätigte. Die CDU/WG-Gruppe kündigte eine eigene Erklärung auf Merkel-Linie (Hussein hat schuld, Unterstützung der USA) an, die als lokale Besonderheit eine Solidaritätsadresse an die in Celle stationierten britischen Soldaten beinhaltete. Die SPD/Bündnisgrüne-Resolution umschreibt den Krieg als völkerrechtswidrig ("verurteilt das Missachten des Beschlusses der Vereinten Nationen und des UNO-Weltsicherheitsrates durch den Präventivschlag der USA und ihrer Verbündeter"), selbstverständlich ohne daraus Konsequenzen für die indirekte Kriegsunterstützung durch die Bundesregierung zu ziehen. - Bei der

Ratssitzung stellte sich dann heraus, dass Biermann die Fraktionen und die Öffentlichkeit belogen hatte. Denn neben der grundsätzlich skeptischen Beurteilung aus dem Innenministerium war in dem Schreiben an ihn auch folgende Passage zu lesen: "Anders könnte es sich mit dem Musterentwurf der SPD zum Irak-Krieg verhalten. Dieser Resolutionsentwurf ist geprägt von der Unterstützung der Initiative Cities for Peace. Ich halte eine Befassung mit diesem Resolutionstext deshalb für vertretbar, weil mit ihm schwerpunktmäßig die vom Bundesverwaltungsgericht akzeptierte Solidarisierung mit den die gleiche Auffassung vertretenden US-Städten verfolgt werden soll." Biermann hatte diese Passage einfach unterschlagen. Wer nun meinte, über den normgerechten SPD/Grünen-Antrag wäre diskutiert worden, während die eher nicht normgerechte CDU-Resolution der Nicht-Behandlung anheim falle, sah sich getäuscht. SPD-Fraktionschef Rejmann wollte auf einmal nicht mehr. Und als Bernd Zobel (Bündnisgrüne) auf Befassung des Antrages bestand, setzte die CDU/WG die Absetzung des Tagesordnungspunktes durch. Ein etwas eigenes Verständnis von demokratischem Diskurs. Aber wenn's denn nur die Sorte von Demokratie sein soll, mit der man den Nahen Osten beglücken will, wird's ja vielleicht klappen.

## Celler SPD im Antikriegseinsatz

In einer relativ großen Anzeige am 8. März 2003 hatte u.a. die SPD zur Teilnahme an der Mahnwache des Antikriegsplenums am 10. März aufgerufen. Bei der einleitenden Rede eines Vertreters des Antikriegsplenums kam es zu Störungen und Zwischenrufen seitens des anwesenden SPD-Unterbezirksvorsitzenden. Ursache der Ausfälle waren offensichtlich kritische Anmerkungen zur Politik der Bundesregierung und der Rolle der Bundeswehr.

Ein Vertreter der Kirchen sowie ein Sprecher des DGB ließen sich jedoch



# LOKALES MELDUNGEN PROVINZIELLES

nicht davon beeindruckt und forderten zu Protesten und Arbeitsniederlegungen gegen den Krieg auf.

## Wahldesaster für SPD



Katastrophal gingen bekanntlich die Landtagswahlen für die SPD aus. In der Stadt Celle büßte sie gegenüber der Bundestagswahl fast die Hälfte ihrer Stimmen ein. Mit nur 9914 Stimmen erzielte sie 29,0 % (BT 2002: 18097). Die CDU holte mit 17937 Stimmen 51,4 % (BT 2002: 16852). Bei der Landtagswahl vor vier Jahren hatten beide Parteien gleichauf bei 39,4 % gelegen. Im Lande Niedersachsen und der ehemaligen schwarzen Hochburg Celle sieht man sich jetzt zurückversetzt in die 1980er Jahre, die ähnliche Ergebnisse gebracht hatten. Die FDP erzielte mit 3209 Stimmen und 9,2 % einen deutlichen Gewinn (BT 2002: 3030). Die Bündnisgrünen erzielten zwar mit 2652 Stimmen und 7,6 % ihr für Celle bisher bestes Landtagswahlergebnis, verloren aber gegenüber der Bundestagswahl an Stimmen (BT 2002: 2929). Die Wahlbeteiligung war mit 64 % in der Stadt Celle sehr niedrig. Dies dürfte wesentlich zu dem schlechten Abschneiden der SPD beigetragen haben. Für viele Menschen, die noch im September die Sozialdemokratie gewählt hatten, gab's angesichts des verschärft neoliberalen Kurses einfach keinen vernünftigen Grund mehr, die Partei wieder zu wählen. Die CDU profitierte wie die FDP von der Stimmung gegen die Bundesregierung und konnten deshalb in ungewöhnlicher Weise ihr Wahlvolk - und offenbar sogar einiges darüber hinaus - dazu bringen, an die Urnen zu gehen.

REPs und die Schill-Partei schnitten für Celler Verhältnisse sehr schwach ab: 430 Stimmen (BT 2002: 497) für die REPs (= 1,2 %) und 276 Stimmen (BT 2002: 451) für die Partei Rechtsstaatliche Offensive (= 0,8 %)

zeigen, dass die Nazis wiederum vermehrt bei der CDU ihr Kreuz gemacht haben. Die PDS ist nach ihrem Ausscheiden aus dem Bundestag und der massenfeindlichen Politik im Berliner Senat auch in Celle nicht attraktiver geworden: Nur noch 182 Stimmen (= 0,5 %) entfielen auf die Partei (BT 2002: 431).

Witzigerweise kamen alle in Celle angetreten Direktkandidaten in den Landtag: Direkt gewählt wurde Otto Stumpf (CDU), über die Listen dürfen nach Hannover: Amei Wiegel (SPD), Georgia Langhans (Bündnisgrüne) und Jörg Bode (FDP).

## Weltoffener Tag gut besucht

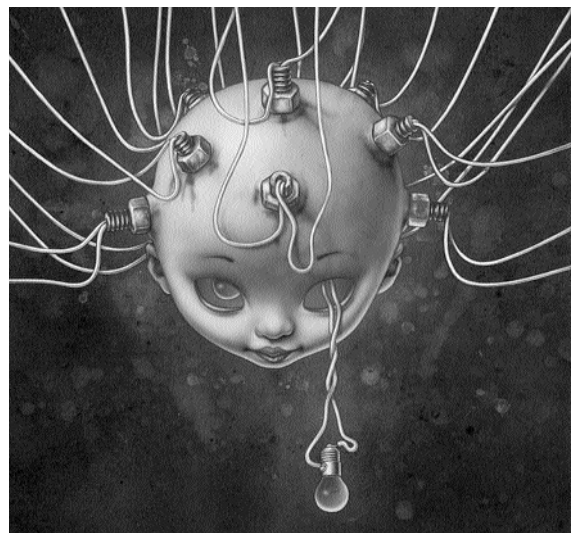
Anfang Februar veranstaltete die Familienbildungsstätte einen "Weltoffenen Tag", auf dem neben Tanz- und Musikvorführungen Projekte in Benin, Madagaskar, Nepal, Südafrika und Chile vorgestellt wurden. Wie erfolgreich Projektarbeit sein kann, wurde besonders am Beispiel Benin deutlich, wo ein kleiner deutscher Verein vor allem durch Anschubfinanzierungen einige landwirtschaftliche Kooperativen unterstützte. Nach wenigen Jahren erwirtschafteten die Kooperativen heute mit Sojaanbau für den Binnenmarkt Überschüsse. Der Verein "Sofana", was soviel bedeutet wie: "Morgen wird es besser" fördert inzwischen Wiederaufforstungsprojekte in Benin. Höchst unterhaltsam war der Auftritt von Mensah Wekenon Tokponto, der sich um die Bewahrung der mündlich tradierten Märchenkultur Benins bemüht und die Besucherinnen und Besucher des "Weltoffenen Tages" mit zwei traditionellen Märchen und dem Erzählweise vertraut machte. - Als ein weiteres Projekt, das auch vom Celler Weltladen unterstützt wird, wurde die "Betreuung

von zwei Indianersiedlungen im Norden Argentiniens" vorgestellt. Die indigenen Guaranies haben als Folge des Vordringens der "Zivilisation" in ihre Siedlungsgebiete ihre Möglichkeiten zur Nahrungsversorgung in hohem Maße eingebüßt.

Im Rahmenprogramm kam besonders gut die Gewinner Sambatrommelgruppe "Arara" an, musikalischer Höhepunkt waren aber wohl die Tangos eines argentinischen Gitarristen und Sängers.

## 3000 Euro für Ostumgehungs-Transparente

Immer wieder wird deutlich, dass die Kassen der Stadt Celle so leer ja nicht sein können. Für 3000 Euro beschaffte die Stadtverwaltung vier Transparente, die über den Einfallstraßen angebracht wurden und auf denen zu lesen ist: "Celle fordert: Ostumgehung jetzt." Offenbar sprachen sich nur die Bündnisgrünen Westumgebungsbefürworter gegen die Transparentaktion aus. Der städtische Pressesprecher begründete die ungewöhnliche Aktion damit, dass die öffentliche Diskussion von Ostumgehungsgegnern dominiert sei und die Stadt mit den Transparenten jetzt der schweigenden Mehrheit eine Stimme verleihe.





# Wie man über Kapitalismus schweigt, indem man über Globalisierung redet

## SPD/DGB-Veranstaltung zu Globalisierung



kamen Ende Februar zu der vom DGB Celle und dem Unterbezirk der Celler SPD organisierten Veranstaltung zum Thema: "Globalisierung gerecht und sozial gestalten". Auf dem Podium saßen der Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Alfred Tacke, der Politikwissenschaftler von der FU Berlin, Elmar Altvater, die stellvertretende Bundesvorsitzende des DGB, Ursula Engelen-

Kefer, Sven Giegold von Attac und der Landessozialpfarrer Gerhard Wegner. Wer auf eine kontroverse Debatte mit analytischer Schärfe gehofft hatte, wurde enttäuscht. Hier diskutierten Sozialdemokraten (mit Parteibuch) mit Sozialdemokraten (ohne Parteibuch). So war's eigentlich kaum überraschend, dass der Begriff "Kapitalismus" das erste Mal nach etwa 45 Minuten fiel. Und verwundern konnte dann auch nicht, dass die Globalisierungs-Kriege der letzten Jahren - angefangen von Jugoslawien, über Afghanistan bis zum Irak - ebenso ein Randthema blieben wie der massive Sozialabbau, den die rot-grüne Bundesregierung umgesetzt hat und weiter forciert.

In diesem freundlichen Umfeld hatte der Regierungsvertreter Tacke dann zwar schon die "natürliche" Rolle des "bad guy". Die Dreistigkeit, mit der er Standortpolitik als am Allgemeinwohl orientiert darstellte, verblüffte trotzdem. Sich auf die zentralen Institutionen der Globalisierung - IWF, WTO und Weltbank - beziehend, meinte Tacke: "Aus meiner Sicht ist Globalisierung erfolgreich gestaltbar." Ernsthaft vertrat er, dass die Globalisierung für Lateinamerika - "trotz aller Schwierigkeiten" - im wesentlichen Vorteile gebracht habe.

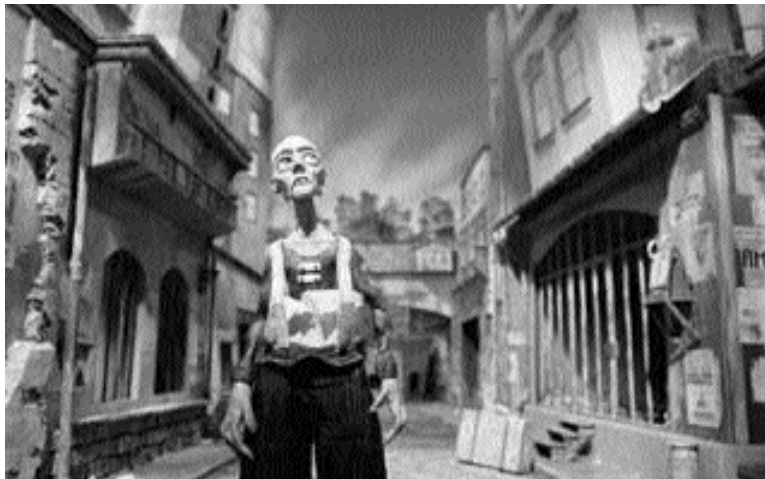
Da hatte es der Berliner Politikwissenschaftler Elmar Altvater leicht zu widersprechen: "Der internationale Währungsfond ist mit verantwortlich für die Krisen auf den Finanzmärkten, von denen viele Länder in den 90er Jahren betroffen waren, und er ist mitverantwortlich für die Art und Weise, für die Schuldenkrise der 80er Jahre, in die fast alle Länder der sogenannten Dritten Welt geraten sind. Und der

IWF ist auch mitverantwortlich für das Desaster, das wir derzeit in Argentinien erleben müssen." Der IWF habe die Schuldnerländer zwar durch neue Kredite wieder zahlungsfähig gemacht. Dafür aber hätten Strukturanpassungsprogramme durchgeführt werden müssen, die auf Exportsteigerungen der jeweils verschuldeten Länder zielten, damit sie Devisen einnehmen können, aus denen sie dann die Schulden bedienen können. Dadurch, dass die meisten Länder nur Rohstoffe - und eben zu einem großen Teil die gleichen - hätten exportieren können, sei es zu massiven Preisverfällen gekommen. "Das ist zwar günstig für die Verbraucherländer, also für uns, aber es ist ungünstig für die Produzenten." Altvater fügte hinzu, dass der von den internationalen Geldgebern geforderte Ausgleich der Staatshaushalte im wesentlichen über die Streichung von Sozialausgaben erfolgt sei. "Diese Politik hat dazu geführt, dass man in Lateinamerika die 80er Jahre als ein verlorenes Jahrzehnt betrachtet: Negativwachstum, größere Armut, Veränderungen auch der Arbeitswelt in Richtung nicht geschützter, prekärer Arbeitsplätze." Auch die Politik der Welthandelsorganisation beurteilte Altvater anders als Tacke: "Es gibt allerdings durch diese Freihandelseuphorie auf der Basis der Regeln der Welthandelsorganisation ernste Entwicklungsfallen für bestimmte Länder. Wenn die nicht in der Länge sind, diversifiziert mit einer riesigen Produktpalette - wie etwa die Bundesrepublik Deutschland oder die USA oder auch andere Industrieländer - am Weltmarkt teilzunehmen, sondern nur mit wenigen Produkten, die sehr abhängig sind von der jeweiligen Entwicklung der Märkte, und wenn es dann zu Preisverfall kommt, kann das diese Länder in eine schwere Krise bringen." Auch habe es die Welthandelsorganisation nicht geschafft, dem Protektionismus der Europäer, der US-Amerikaner und einiger anderer Länder z.B. im Stahl- oder Agrarsektor einen Riegel vorzuschieben. "Die Mächtigen nutzen die Märkte aus zu ihrem Wohl und nicht zu ihrem Wehe. Das Wehe überlassen sie jenen, die sich auf diesem Markt nicht behaupten können."

Die Talkshow-erprobte Ursula Engelen-Kefer stellte die Forderung nach sozialen Mindeststandards in den Mittelpunkt ihrer Beiträge: Vereinigungsfreiheit, keine Kinderarbeit, keine Zwangsarbeit und keine Diskriminierung.



Am Beispiel Kolumbien, wo im vergangenen Jahr 3000 Gewerkschafter ermordet wurden, machte sie die gravierenden Auswüchse der Drangsalierung von Gewerkschaftern und der Einschränkung der Vereinigungsfreiheit deutlich: "Wenn Menschen für ihre primitivsten Rechten kämpfen z.B. in den Plantagen gegen die gesundheitliche Gefährdung durch irgendwelche Pestizide, dann werden sie umgebracht. Weil das eben denjenigen, die das organisieren und Geld daraus ziehen, nicht passt. Und wenn dann Entwicklungsgelder vergeben werden oder Handelspräferenzen gewährt werden, ist unsere ganz bescheidene Anregung, dass man sehen soll, ob in diesen Ländern die Menschen- und Gewerkschaftsrechte mit Füßen getreten werden - und wenn das der Fall ist, sollte man Bedingungen einziehen." Wie aus ihren Beiträgen aber auch deutlich wurde, sind die Gewerkschaften in ihren Bemühungen hier eher erfolglos.



Sven Giegold von attac konnte einem erscheinen wie der Widrigänger eines 80er Jahre-Grünen, diesmal auf internationalem statt nationalem Terrain. In seinem ersten Statement brachte er mindestens sechsmal das Triptychon "sozial, ökologisch und demokratisch" unter. (Bei den Grünen gesellte sich seinerzeit als viertes Etikett noch die "Gewaltfreiheit" hinzu, die sie bekanntlich in Erwartung ihrer staatstragenden Rolle aber vor allem für GegnerInnen staatlicher Zumutungen reserviert wissen wollten.) Auch sonst erinnerte viel an die ehemalige Anti-Parteien-Partei: Giegold ist jung, eloquent, informiert, kritisch und nett. Aussagekräftiger als seine durchaus zutreffende Kritik im Detail ist deshalb ein Bild, das er benutze, um einerseits den Globalisierungsprozess zu illustrieren, andererseits aber auch die Ziele von attac in diesem Prozess:

"Ich kann es nicht mehr hören, wenn immer davon geredet wird, wir müssten die Globalisierung gestalten. Globalisierung wird gestaltet, sie ist gestaltet - und zwar in Form einer großen Schnellspurautostraße. Die Märkte wurden durch politische Maßnahmen aufgemacht und zwar als die Politiker die Aufhebung der Zollgrenzen beschlossen haben, die Freigabe der Wechselkurse beschlossen haben, die Freigabe der Kapitalverkehrskontrollen beschlossen haben, die Liberalisierungsmaßnahmen jetzt in neuen Bereichen wie Dienstleistungen usw. vorantreiben. Globalisierung ist nicht als 11. Gebot: 'Du sollst wettbewerbsfähig sein' auf uns herabgefallen, sondern es war ein politisches Wollen. Und es geht darum, wie Globalisierung gestaltet wird, wie es politisch kontrolliert wird. Es ist nicht so, dass es nicht kontrolliert wird oder nicht gestaltet sei. Es ist nur im Interesse ganz bestimmter Gruppen gestaltet. Und das ist ein ganz entscheidender Punkt. Globalisierung selbst ist eben politisch nicht neutral. Wenn ich die verschiedenen Länder in Konkurrenz zueinander stelle, die Regelungsebenen sind vor allem nationalstaatlich, zum Teil in Europa europäisch organisiert, d.h. soziale Rechte, ökologische Rechte, demokratische Rechte sind alle weitgehend nationalstaatlich. Wenn ich aber jetzt die ganze Welt in Konkurrenz miteinander setze in ökonomischer Hinsicht, dann wir es auch einen Druck auf diese Standards geben, zumindest auf die Teile der Standards, die dem Wettbewerb nicht förderlich sind. (...) Das führt überall zur

Durchsetzung eines Politikmusters, was wir als neoliberal bezeichnen. Neoliberal deshalb, weil die Politik sich zunehmend danach richtet, was den Märkten, den Investitionsinteressen nützt, und immer weniger was sozialen, ökologischen und demokratischen Interessen nützt. (...) Was sollten wir tun? Wir glauben nicht, dass es der richtige Schritt wäre, Globalisierung zurückzuschrauben. Weil, wie vielfach gesagt, es viele positive Seiten gibt. Aber wenn wir sie sozial, ökologisch, demokratisch unter Kontrolle bringen wollen, dann brauchen wir zweierlei. Wir brauchen zum einen so etwas auf dieser Autobahn - immer mehr Liberalisierung in kürzester Zeit - wie Zebrastreifen, Fußgängerzonen, Ampelschaltungen usw., die diesen Prozess in die richtige Richtung lenken. Und diese Umlenkung wird nicht von alleine passieren, sie wird nur passieren, wenn eine große internationale Bürgerinnen- und Bürgerbewegung sich zusammenschließt über die verschiedenen Bereiche der Gesellschaft."

Wie mensch dem Bild vom Zebrastreifen auf der Schnellstraße entnehmen soll, geht's Sven Giegold darum, dass niemand unter die Räder kommt. Dagegen ist sicherlich auch nichts einzuwenden - wäre schön, wenn's weniger Elend gäbe auf der Welt. Aber bleiben wir im Bild: In Deutschland gibt's im normalen Straßenverkehr einen vergleichsweise hohen Besatz an regulierenden Verkehrsschildern, trotzdem sterben rund 7.000 Menschen jährlich auf Deutschlands Straßen. Und auch wer mit dem Auto fährt, mit dem Fahrrad oder zu Fuß geht, hat sich längst nicht in jedem Fall frei entschieden, entweder er muss mit dem Auto zur Arbeit fahren oder er kann sich als Erwerbsloser längst kein Auto mehr leisten. D.h.: Die erzwungene (und größtenteils verrückte) Mobilität bzw. Immobilität gehörte insgesamt auf den Prüfstand. Genauso wie der Kapitalismus, denn er ist schließlich der Motor der Globalisierung.

Doch genau daran wollte in dieser "Gestaltungs"-Runde niemand rütteln. Vielleicht weil die Diskutierenden letztlich doch alle Profiteure des Systems sind - gleichsam "Autofahrer", die vorgeben, sich mit rücksichtsvollem Tempo 100 "sozial" und "ökologisch" zu verhalten? "Gestaltung" vollzieht sich auf der Basis von Einverständnis. Wer nicht einverstanden ist, agiert auf der Basis von Zorn und will eine grundlegende "Veränderung" - einen Platz im politischen Establishment gibt's dafür bekanntlich nicht.

RR.

# Brand in Flüchtlingsheim - Kasernierung geplant?

Am Morgen des 18. Februar brannte das Flüchtlingsheim in der Harburger Straße ab. 12 sich im Haus befindende Flüchtlinge konnten sich retten, vier mussten von der Feuerwehr aus den Flammen befreit werden. Die Brandursache war offenbar ein defekter Fernseher.

Umstritten war nach dem Brand vor allem die Frage, ob die Flüchtlinge weiter zentral oder dezentral untergebracht werden sollen. Während OB Biermann schon am Tag des Brandes ein Gebäude auf dem Gelände der Bundeswehrkaserne in Scheuen in Gespräch brachte, sprachen sich Wolf Wallat (SPD) und Georgia Landhans

(Bündnisgrüne) für eine dezentrale Unterbringung aus. CDU, FDP und Wählergemeinschaft wollten daran festgehalten wissen, dass Einzelpersonen zentral, Familien aber dezentral untergebracht werden.

Mit scharfen Worten wandte sich die über lange Jahre im Flüchtlingsheim tätige Sozialarbeiterin Jutta Bahrs gegen eine weitere zentrale Unterbringung. Gegenüber der CZ forderte sie eine Aufarbeitung der Geschichte der Einrichtung, insbesondere von denjenigen, denen sich die Absurdität und gedankliche Perversität dieses Männerbaus bis heute nicht erschlossen hat."

## Interview mit einem Flüchtling:

**"Sie sind einer der Betroffenen von der Brandkatastrophe. Was geschah in den Morgenstunden?"**

"Als ich aufwachte, dachte ich zuerst, jemand klaut mein Fahrrad. Als es Feuersalarm gab, schaute ich nach. Es war gegen 6:45 Uhr. Als ich die Tür öffnete, fehlte mir die Luft zum Atmen, weil überall Rauch war. So schnell ich konnte, schlug ich Alarm und weckte die anderen."

**"Was habt Ihr dann gemacht?"**

Wir versuchten den Brand zu löschen, doch alle Feuerlöscher waren leer. Wir hatten den Betreiber des Wohnheim bereits im Vorfeld auf diesen Zustand aufmerksam gemacht, doch er meinte in herablassender Weise, wir hätten sie geleert und es geschah nichts. Sie sind doch für den Notfall, das muss man sich mal vorstellen.

Ein Freund von mir rief die Feuerwehr, die etwa 10-15 Minuten später eintraf. Zu diesem Zeitpunkt brannten schon mehrere Räume. Kurze Zeit später traf die Polizei ein. Einer meiner Freunde schlief noch, deshalb versuchten wir durch Klopfen an die Tür und die Fenster ihn zu wecken. Dadurch geriet er zunächst in Panik. Nur die Sachen, die wir am Körper trugen konnten wir mitnehmen, für alles weitere war zunächst keine Zeit."

**"Gab es Verletzte?"**

"Nein, wir kamen glücklicherweise rechtzeitig auf die Straße. Zwei Feuerwehrleute wurden leicht verletzt, als sie versuchten den Brand zu löschen."

**"Konntet ihr später noch Sachen retten?"**

"Erst zwei Tage später durften wir das Heim wieder betreten. Der Heimbetreiber setzte mich unter Druck, meinen Raum zu verlassen, als ich dabei war, einige meiner Sachen

zusammenzusuchen. Ich fand nicht alles, mein Schmuck, meine Uhr, das Taschengeld und weitere persönliche Dinge waren verschwunden. Alles was ich retten konnte waren Papiere, die vom Löschwasser weitgehend zerstört waren. Ein anderer Bewohner konnte wirklich nur die Sachen retten, die er am Leib trug. Die wichtigsten Utensilien bekommen wir jetzt vom Sozialamt, doch sie können uns unsere Familienfotos und andere persönliche Dinge nicht wiedergeben."

**"Wo seid ihr jetzt untergebracht?"**

"Wir sind jetzt in zwei Wohnungen untergebracht, in denen fast 20 Leuten wohnen. Die sanitären Einrichtungen sind völlig unzureichend. Als wir dort eintrafen fanden wir noch nicht einmal eine Spüle in der Küche vor. Viele Notwendigkeiten fehlen."

**"Woher kommst Du und wie fühlst Du Dich aufgenommen?"**

"Ich bin aus dem Irak. Ich erhoffte mir in Deutschland in Frieden und Freiheit leben zu können. Doch die Lebensverhältnisse der Flüchtlinge im Heim sind so wie die in Pakistan oder Afghanistan. Wir leben hier in großer Armut."

**"Was machen die Verantwortlichen?"**

"Die Politiker kommen und betrachten den Schaden am Wohnheim, doch niemand fragt uns nach unseren Bedürfnissen."

**"Es ist jetzt die Frage, ob ihr wieder zentral oder dezentral untergebracht werden sollt."**

"Es scheint, dass die Parteien mit dieser Frage Fußball spielen, doch sie wollen unsere Probleme nicht lösen. Was wir brauchen ist eine vernünftige Unterbringung, eine gute Betreuung, Sprachkurse und Arbeitsmöglichkeiten. Hilfe ist dringend nötig."

Die bekannten Namen zogen. Rund 150 Interessierte

## Aufstieg (und Fall?) einer Geschichte



Franck Pavloff scheint ein netter Typ zu sein: er mag Musik, vor allem Jazz, liebt es, zu reisen und er ist politisch engagiert, hat viel in Selbsthilfe-Projekten gearbeitet und setzt sich für die Rechte von Kindern ein; seit zehn Jahren wohnt er in Grenoble, Frankreich, wo er am Oberlandesgericht als Jugendpsychologe tätig ist, doch vor allem schreibt er Geschichten.

Die liest kaum wer.

1997 veröffentlicht unser Autor *matin brun* (Brauner Morgen) eine 10-Seiten-kurze Erzählung; auch die wird nicht gelesen; ein Jahr später legt ein zweiter Verlag das kleine Heft erneut auf und auch der bleibt darauf sitzen.

Im Jahre 2002 wird das Heftchen zum meistverkauften Buch in Frankreich! Was war geschehen?

In jenem Jahr hatten die französischen WählerInnen bei der Präsidentenwahl "die Entscheidung zwischen Pest oder Cholera zu treffen", wie ein Kommentator formulierte;

neben Chirac - "einem überführten Betrüger" - hatte sich der Vertreter der extremen Rechten bis in die Stichwahl durchgesetzt, nachdem Frankreichs Linke sich mit Glanz und Gloria wieder einmal selbst ausgebremst hatte.

Und mit einem Male waren wieder Menschen auf der Straße, und mit einem Mal wurde unsere kleine Geschichte an jeder Schule zum Unterrichtsthema, zum Diskussionsgegenstand in den Cafés...

Seit einigen Tagen liegt "Brauner Morgen" auf deutsch vor; es ist - nunja- eine kleine,

atmosphärisch dichte Parabel, nicht weniger - und auch nicht mehr; für 1,90 EUR allerdings auch eine Kleinigkeit, die mensch mal in geringer Stückzahl in irgendeinem hiesigen Café 'vergessen' könnte.

Was wohl die Leute sagen.. ?

GEPUNKT

---

## Das Lager Ein Norweger in Bergen-Belsen

"Aber dann geht es mir noch heute so, dass ich innerlich eiskalt werde, wenn ich einen Deutschen seine Sprache sprechen höre." Der das 1977 schreibt, ist 1942 als norwegischer Seemann in deutsche Gefangenschaft geraten, und er hat zwischen dem 6. Februar bis zum 8. April 1945 die "ganz besondere Hölle" des KZ Belsen überlebt. Erst jetzt, 25 Jahre nach der norwegischen Erstveröffentlichung, hat die Niedersächsische Landeszentrale für Politische Bildung eine Übersetzung der Erinnerungen von Arne Moi ermöglicht, die unter dem Titel: "Das Lager. Ein Norweger in Bergen-Belsen" im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht erschienen ist. Der nur knapp 100-seitige Text unterscheidet sich von anderen Büchern ehemaliger Belsen-Häftlinge, weil er das Konzentrationslager in der Heide als gewollte Verlängerung von Auschwitz interpretiert, weil er die Mörder im Einvernehmen mit der deutschen Bevölkerung handeln sieht und weil er sich jeglicher Versöhnungsperspektive verweigert. "Oft haben wir geglaubt," schreibt Arne Moi an seine ehemaligen Mithäftlinge gewandt über das KZ 1944/45, "das ständige Schrumpfen des großgermanischen Reiches und die dadurch bedingte zunehmende Überfüllung der Lager hätten die Verhältnisse verursacht, die sich in Belsen ergaben, ganz einfach weil es nach und nach zu einer Unmöglichkeit wurde das Lager so zu verwalten, dass es funktionierte. Diese Annahme ist falsch. Belsen wurde bewusst als Ersatz für die Gaskammern von Birkenau genutzt, nachdem man Auschwitz hatte evakuieren müssen." Lange vor Browning und Goldhagen hat Arne Moi auch ausgesprochen, dass niemand glauben sollte, der gewöhnliche Deutsche habe von alledem nichts gewusst. Es sei zwar ebenso verständlich wie menschlich, dass die Deutschen ihre Beteiligung am Holocaust abstritten. "Aber sie verlangen auch

noch, dass man ihnen glaubt. Und das geht einfach nicht." Der bodenlose Hass von damals sei in ihm gewichen, aber: "Zurück blieb eine nie endende Verachtung des Volkes, das sich für diese Dinge begeistern konnte."

Doch diese Beschäftigung mit den Tätern, deren Motive Moi exemplarisch an dem von Birkenau nach Belsen gekommenen Lagerleiter Josef Kramer zu ergründen versucht, sind nur ein wichtiger Aspekt des Buches. Mit einer erschütternden Offenheit werden auch die Entgrenzungen skizziert, zu der die Lagerhölle die Häftlinge zwang. Unter der Bedingung totaler Entmenschlichung kann moralisches Handeln nicht die Regel, sondern höchstens die Ausnahme sein. Und doch ist das Überleben nicht nur Zufall, sondern verdankt sich auch ethischer Orientierungen, wie Moi sie bei dem Lagerarzt Fritz Leo findet, oder der Solidarität der norwegischen Gruppe im Lager. Mit eindringlichen Beschreibungen des Ausnahmezustands gelingt dem Autor, was er sich vorgenommen hatte: Ein Erzählen, das mehr über die Wahrheit von Belsen sagt, als es Gerichtsprotokolle und - so füge ich hinzu - wissenschaftliche Arbeiten vermögen. "Die zwei Monate in Belsen haben mich geformt wie nichts vorher und nichts nachher", schreibt Arne Moi: "Sie werden mich nie verlassen. Alles, was mir widerfährt, wird gewissermaßen vor dem Bezugspunkt Belsen geprüft. Für mich ist Belsen das Sinnbild der menschlichen Geschichte, das einzige, von dem wir etwas lernen können, wenn wir eine bessere Zukunft wollen."

Ärgerlich ist, dass trotz der Herausgeberschaft der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung das 112-seitige Buch 16,90 Euro kostet. Manche Texte sollen offenbar nicht viele LeserInnen finden. RR

# Literatur

## Zwei aktuelle Sammelbände zu Israel / Palästina

- 1) Gefangen zwischen Krieg und Terror?
- 2) Mit dem Konflikt leben?



Der drohende Krieg gegen den Irak hat zuletzt den zentralen politischen Konflikt des Nahen Ostens zwischen Israel und Palästina in den Hintergrund gedrängt. Informationen und Meinungen zu den sozialen und politischen Hintergründen der sich seit Monaten verschärfenden Situation bieten zwei kürzlich erschienene Sammelbände zum Thema.

Der von Rudi Friedrich herausgegebene Band "Gefangen zwischen Krieg und Terror?" versammelt dabei ebenso wie das von Irit Neidhardt zusammengestellte Buch "Mit dem Konflikt leben?" Aufsätze, Interviews und Dokumente von israelischen, palästinensischen und deutschen Autoren. Sie alle eint der Wunsch nach Frieden und Verständigung.

Die Voraussetzungen einer Friedenslösung skizziert der Direktor des Instituts für Deutsche Geschichte an der Universität von Tel Aviv, Moshe Zuckermann, in einem Interview mit Rudi Friedrich so: Israel müsse die besetzten Gebiete vollständig räumen, verbunden mit dem Abbau der Siedlungen. Und Jerusalem müsse zu einer Hauptstadt von zwei Staaten werden. Warum dieses so einfach Scheinende inzwischen fast utopisch ist, ist das gemeinsame Thema aller Beiträge.

Unterschiedliche Autoren berichten im Rückblick, welche ökonomische Wirkung in der palästinensischen wie in der israelischen Gesellschaft das Osloer Abkommen von 1993 gehabt hat, das auf der Basis gegenseitiger Anerkennung den Friedensprozess einleiten sollte. Die Jahre danach waren bestimmt von einem Licht der Hoffnung, in dessen Schein endlich auch andere Probleme diskutiert werden konnten wie etwa die Diskriminierung der arabischen Juden in Israel, die Probleme der Geschlechterverhältnisse unter der Vorherrschaft der Gewalt oder das Demokratiedefizit und die Militarisierung in beiden Gesellschaften. Doch diese auch für den Verständigungsprozess so wichtigen Diskurse liegen jetzt wieder begraben unter den Trümmern der eskalierenden Gewalt.

Der Herausgeber des einen Bandes, Rudi Friedrich, konnte als Geschäftsführer des Vereins Connection, der Kriegsdienstverweigerer aus Krisengebieten unterstützt, 1996 den Aachener Friedenspreis entgegennehmen. Ein besonderes Augenmerk richtet er deshalb auch weniger auf die Regierungsebenen, als vielmehr auf die gesellschaftlichen Gruppen, die sich in Israel für ein Ende der Besatzung und für eine friedliche Lösung einsetzen und z.B. durch die Verweigerung des Dienstes in der Armee Zeichen setzen, oder sich auf palästinensischer Seite für die Beendigung der



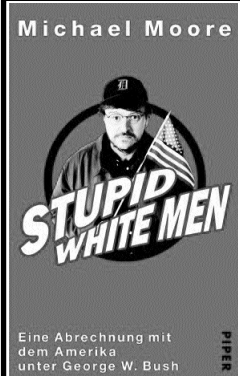
Selbstmordanschläge und demokratische Reformen einsetzen.

Die Islam- und Kulturwissenschaftlerin Irit Neidhardt hat dagegen vor allem Stimmen von Kulturschaffenden zusammengetragen, die als gemeinsamen Bezugspunkt das Erfordernis eines Dialog zwischen den verschiedenen Gruppen haben. Voraussetzung hierfür aber ist - und darum bemühen sich die Beiträge - die Anerkennung der jeweils eigenen Geschichte und

Identität, der Shoah genauso wie der palästinensischen Vertreibung.

Rudi Friedrich (Hg.): Gefangen zwischen Terror und Krieg? Israel/Palästina: Stimmen für Frieden und Verständigung. Geschichten - Analysen - Positionen. Grafenau (Trotzdem Verlagsgenossenschaft) 2002, 145 S., 12 Euro

Irit Neidhardt (Hg.): Mit dem Konflikt leben? Berichte und Analysen von Linken aus Israel und Palästina, Münster (UNRAST-Verlag) 2002, 167 S., 14 Euro  
RR.



**Stupid White Men.**  
**Eine Abrechnung mit dem Amerika unter George W. Bush**

Bananenrepublik USA: Im weißen Haus sitzt 'Baby Bush mit seiner Kamarilla', ein Präsident, der nie gewählt wurde, und der regieren lässt - hauptsächlich von Geschäftsfreunden seines Vaters. Die Lage der Nation ist entsprechend: die Außenpolitik eine Serie von haarsträubenden Fehlentscheidungen, die Börse entpuppt sich als eine Spielwiese für Betrüger, viele Anleger sind ruiniert, die Wirtschaft auf Talfahrt.

In dieser Abrechnung voll boshafte Witz zeigt Michael Moore, was alles schief läuft in der einzig noch verbliebenen Weltmacht USA. Er schont dabei nichts und niemanden, zeigt die Schwächen des politischen Systems ebenso auf wie die Auswirkungen des ungebremsen Kapitalismus. Michael Moore gelingt eine seltene Mischung aus knallhartem politischen Buch und witziger Satire, die niemanden gleichgültig läßt.

329 Seiten, 2003, Pieper, 12,- Euro

# Aktive Beschäftigungspolitik spielt bei der Bundesanstalt für Arbeit kaum noch eine Rolle

## Arbeitsverweigerung



"Mit den angekündigten Regierungsvorhaben kann das Kernproblem Deutschlands, die Arbeitslosigkeit, erfolgreich angepackt werden." Mit diesen Worten hat Florian Gerster (SPD), Chef der Bundesanstalt für Arbeit (BA), die Ankündigungen von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) begrüßt, den Arbeitslosengeldbezug der unter 55jährigen künftig auf zwölf Monate zu begrenzen und die Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau zu senken. Wenn der Leiter einer großen Versicherung - und nichts anderes ist die Bundesanstalt für Arbeit - öffentlich gutheißt, daß die Versicherten trotz jahrzehntelanger Beiträge künftig nach einem Jahr von allen Leistungen ausgeschlossen und in die Sozialhilfe abgeschoben werden, dann ist Alarm angebracht.

Tatsächlich hat der schneidige Gerster brutale Zielvorgaben für seine Anstalt aufgestellt. 2,89 Milliarden Euro sollten schon vor Schröders Regierungserklärung vom vergangenen Freitag im laufenden Jahr allein beim Arbeitslosengeld "eingespart" werden, weitere 5,1 Milliarden Euro in anderen Bereichen, vor allem bei der Arbeitslosenhilfe. Umgerechnet auf die 1,7 Millionen Bezieher von Arbeitslosenhilfe (von denen bisher 80 Prozent oberhalb der Sozialhilfeschwelle lebten) sind das allein in diesem Jahr "Einsparungen" von 3000 Euro pro Betroffenenem. 2004 sollen nun alle verbliebenen Bezieher auf Sozialhilfeniveau gedrückt werden.

Die Methoden, mit denen dieser Sozialabbau in den Ämtern durchgesetzt wird, bewegen sich dabei zunehmend am Rande der Legalität. So hat etwa die Leitung eines großen Arbeitsamtes kürzlich die Beschäftigten dazu verpflichtet, allein in diesem Jahr 1300 Sperrzeiten zu "erwirtschaften". Indem die Vorgabe auf jeden Sachbearbeiter "heruntergebrochen" wird, weiß jeder Beschäftigte um die Menge der Sperrzeiten, die er individuell zu "erwirtschaften" hat. "Zur Erreichung dieses Ziels werden seitens der BA-Führung willkürliche Urlaubssperren für Arbeitslose empfohlen und zusätzliche Meldekontrollen mit dem einzigen Ziel, bei Nichterscheinen der Arbeitslosen eine Sperrzeit zu verhängen", schildern Mitglieder der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di die Situation. "Jede mögliche und unmögliche Gelegenheit zur Verhängung einer Sperrzeit wird genutzt." Ein Unwort hat die Bundesanstalt für derlei Sitten auch schon parat: "Verfolgungsbetreuung". Fakt ist: Mit den eingeleiteten Maßnahmen wird aus einer Arbeitsverwaltung, eingerichtet, um Beschäftigte für den Fall von Arbeitslosigkeit vor sozialer Not zu bewahren, eine Anstalt zur Bekämpfung von Arbeitslosen, zur gezielten Herbeiführung sozialer Not.

Einfallsreichtum beweisen die Arbeitsämter inzwischen auch im Umgang mit Weiterbildungs-, Strukturanpassungs- (SAM) und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM). Neuerdings werden Weiterbildungsmaßnahmen nur noch für den Fall bewilligt, daß 70 Prozent der Teilnehmer Aussicht auf einen Job haben. Die Statistik der Bundesanstalt weist allerdings aus: Nur in den alten Bundesländern reichte die "Vermittlungsquote" nach Weiterbildungen im vergangenen Jahr mit Ach und Krach an die 70 Prozent heran - im Osten betrug sie dagegen gerade einmal 50 Prozent. Konsequenz: In den neuen Bundesländern inklusive Berlin - wo die Quote bei 55 Prozent lag - werden heute so gut wie keine Weiterbildungen mehr genehmigt. Im SPD-PDS-regierten Mecklenburg-Vorpommern lag die Zahl der Maßnahmen im Februar 2003 um 27,3 Prozent unter der vom Februar 2002. Auch in Brandenburg (minus 20,8 Prozent), Sachsen-Anhalt (minus 17,6 Prozent) und Berlin (minus 17,3 Prozent) war die Bewilligungsquote stark rückläufig. Bundesweit wurden im Februar nur noch 286669 Personen in Weiterbildung gezählt - nahezu 40000 weniger als ein Jahr davor. Mit der faktischen Abschaffung von Weiterbildungsmöglichkeiten geht auch die Ruinierung der Träger einher. Rund 30000 Betriebe mit etwa 80000 bis 100000 Beschäftigten stehen vor dem Aus.

Nicht besser ist es um die ABM und SAM bestellt. Von Februar 2002 bis Februar diesen Jahres sank die Zahl der Beschäftigten von 123000 auf knapp 100000 um satte 18,1 Prozent. Spitzenreiter beim Abbau ist auch hier Mecklenburg-Vorpommern (minus 35,1 Prozent). In Berlin sind die Leitungen der Arbeitsämter auf einen besonderen Trick verfallen. Sie bewilligen ABM- und SAM-Stellen nur noch für ein halbes Jahr - bisher waren es noch zwei bis drei Jahre. Die Methode hat Hintersinn: Beschäftigte erwerben während ihres ABM- oder SAM-Jobs keinen neuen Anspruch auf Arbeitslosengeld, dazu wären zwölf Monate erforderlich. Und außerdem: Viele ABM- und SAM-Stellen sind bei solchen Fristen schlicht nicht mehr machbar. Betreuungen von Kindern und Alten beispielsweise sind unzumutbar, wenn der Betreuer alle sechs Monate wechselt - und womöglich erst eingearbeitet werden muß. Also werden in Berlin - und sicher nicht nur dort - viele SAM- und ABM-Stellen der neuen Vorschrift zum Opfer fallen.

Dies alles vollzieht sich vor dem Hintergrund einer allmonatlich neue Rekorde erzielenden Arbeitslosigkeit. In Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein wurden im Februar 2003 die höchsten Arbeitslosenzahlen seit 1945 gezählt. Den prozentual stärksten Anstieg meldeten übrigens die Länder mit der bisher niedrigsten Arbeitslosigkeit: Bayern, Baden-Württemberg und Hessen. Der "reiche Süden" holt auf.

(entnommen aus der Jungen Welt, 19.03.2003)

# Förderpotenziale des muttersprachlichen Unterrichts nutzen

## Kurdische Migration und deutsche Bildungspolitik



Auf Einladung des "AK Ausländer" war Ende Februar die Karlsruher Erziehungswissenschaftlerin Sabine Skubsch in Celle. In ihrem Vortrag ging sie der Frage nach, wie die deutsche Bildungspolitik mit Kindern aus kurdischen MigrantInnenfamilien umgeht. Dass bei der kurdischen Migration - anders als bei der Arbeitsmigration von TürkInnen, ItalienerInnen oder GriechInnen - die Erfahrungen der Unterdrückung als ethnische Minderheit im Herkunftsland eine wesentliche Rolle spielen, machte die Referentin zunächst mit einem Überblick zum türkischen Bildungssystem deutlich. Die Sicht auf Schule und Bildung ist in kurdischen Familien eben auch geprägt durch die nationalistische Ausrichtung türkischer Schulen, die ihren zentralen Bildungsauftrag in der Vermittlung der kemalistischen Staatsideologie haben. Die Erziehung ist ausgerichtet gegen einen restaurativen Islamismus und die Autonomiebestrebungen nicht-türkischer Minderheiten. Skubsch zitierte den türkischen Staatsgründer Kemal Atatürk, dessen Verherrlichung übrigens ein eigenes Schulfach - die Atatürkkunde - gewidmet ist, so: "Türkische Jugend! Deine erste Pflicht ist es, die türkische Republik für alle Zeiten zu wahren und zu verteidigen. (...) Die zu erziehenden Kinder und Jugendlichen müssen ... vor allem gelehrt werden, dass sie alle Elemente zu bekämpfen haben, die der Zukunft, den nationalen Traditionen in der Türkei und ihr selbst feindlich entgegenstehen." Für kurdische Kinder bedeutet dies in den Schulen der Türkei bis heute vor allem Diskriminierung und Repression. Die zuletzt erfolgten Lockerungen bezüglich des Verbots der kurdischen Sprache beziehen sich nach wie vor nicht auf allgemeinbildende Schulen: Nach wie vor darf im Unterricht oder auf dem Schulgelände nicht kurdisch gesprochen werden. Ein anderer wichtiger Faktor, der das kurdische Kollektivbewusstsein geprägt hat, sind die etwa zwischen 1930 und 1950 in den kurdisch besiedelten Gebieten der Türkei errichteten "Dorfinstitute", deren schulischer Zweck die Entfremdung der Kinder von ihrer kurdischen Herkunft und ihre repressive Assimilierung war. Sabine Skubsch vertrat die These, dass in diesen negativen Erfahrungen mit dem türkischen Bildungssystem die Skepsis vieler kurdischer Familien gegenüber dem deutschen Bildungssystem gründe.



Dass eine unterschwellige institutionelle Diskriminierung der kurdischen Migrantengruppe in Deutschland diese Skepsis noch befördert habe, umriss die Referentin anhand verschiedener Beispiele. Die Verfolgungs- und Verbotspolitik gegen die kurdische Arbeiterpartei (PKK) und ihr nahestehende

Vereine habe in den 1990er Jahren Kontakte z.B. zwischen Schulen oder Einrichtungen der Jugendhilfe und kurdischen Vereinen fast unmöglich gemacht. Das Potenzial, das in der Selbstorganisation von MigrantInnengruppen steckt - wie die Erfahrungen mit türkischen oder italienischen Vereinen zeigen -, konnte so bis heute kaum für integrative Prozesse nutzbar gemacht werden. Da die vermittelnde Ebene von Vereinen praktisch ausgeschaltet war, mussten alle institutionellen Kontakte fast zwangsläufig im individuellen verpuffen. Da die Repression seitens des deutschen Staates und in Übereinstimmung mit der Politik der türkischen Regierungen erfolgte, blieb bei vielen KurdInnen ein Eindruck von Komplizenschaft zurück, der ein Vertrauen in deutsche Institutionen nicht gerade förderte.



Schließlich kam Sabine Skubsch zum muttersprachlichen Unterricht "kurdisch" (MUK), den sie im empirisch-analytische Teil ihrer als Buch erschienenen Dissertation untersucht hat. Die Referentin hob die Bedeutung der Erstsprache für die intellektuelle Entwicklung von Kindern hervor - und die Erstsprache sei in vielen kurdischen Familien nun mal kurdisch. Ohne muttersprachlichen Unterricht aber sei spätestens mit Beginn des Schulbesuchs eine Stagnation der Sprachbeherrschung festzustellen. Der muttersprachliche Unterricht könne hier Potenziale fruchtbar machen, die sich erwiesenermaßen auf die gesamte schulische Entwicklung der Kinder positiv auswirken würden.

Die Referentin beschrieb die vergleichsweise positive Situation des MUK in Niedersachsen. Dass es aber auch hier Zugangsprobleme gibt, wurde in der Diskussion schnell deutlich. Zwar waren sich die meisten kurdischen BesucherInnen über den hohen Stellenwert des MUK einig, Kritik aber übten sie daran, dass der Unterricht nicht in den Schulalltag eingebettet sei, sondern zumeist nachmittags stattfinde. Da der Unterricht freiwillig sei, wäre dann eben für manche Kinder und Jugendlichen der Sport oder das Treffen mit Freunden wichtiger. Auch dass nicht an allen Schulen MUK angeboten wird und in den Celler Schulen nur ein Lehrer für den Unterricht zuständig ist, wurde als Gründe dafür genannt, dass nur zwischen 20 und 30 % der kurdischen Kinder und Jugendlichen den MUK besuchen.

Für die rund 50 BesucherInnen, zur guten Hälfte mit kurdischer Herkunft, brachte die Veranstaltung sicher einige neue Einsichten und auch die Chance, ihre Sicht der Celler Diskussion in Anwesenheit des MUK-Lehrers Ali Tuku und anderer PädagogInnen und ElternvertreterInnen zu diskutieren.





# Termine im Kino achteinhalb:



**Kino achteinhalb, Gelände der CD-Kaserne neben dem Bunten Haus, Hannoversche Str. 30, Celle**  
**Wenn nichts anderes erwähnt wird, immer Freitags, Beginn: 20.30 Uhr**  
**Eintritt: 4,50 EUR**

## **25.04.2003: "Hippolytes Fest"**

Fünfzehn Gäste haben sich in einem Feinschmeckerlokal "Au Petit Marguery" versammelt, um dort zum letzten Mal ein vorzügliches Abendessen einzunehmen. Das traditionsreiche Bistro-Restaurant schließt: Hippolyte, der Wirt und Meisterkoch, hat seinen Geruchs- und Geschmacksinn verloren und muß seinen Beruf aufgeben.

## **Sa. 26.04.2003 + So. 27.04.2003, 20 Uhr: "England"**

Valeri wird die längst vergessene Atom-Katastrophe von Tschernobyl bitter in Erinnerung gerufen: Als der Ukrainer illegal nach Deutschland reist und seinen Freund besuchen will, ist dieser gestorben. Beide sind damals als Soldaten der roten Armee verstrahlt worden - und auch bei Valeri zeigen sich bereits Anzeichen der Strahlenkrankheit. Jetzt hat er nur noch ein Ziel im Kopf: Einmal nach England reisen, so wie er es mit seinem verstorbenen Freund geplant hatte ...

## **Mi. 30.04.2003, 19.30 Uhr: "Kurt Weill"**

Der Komponist der Musik der Städte wohnte gerne an ihren Rändern, auf dem Land. Er macht in Berlin ernste Musik, die unterhält, und in New York unterhaltende Musik mit ernstem Anspruch. "Kurt Weill" ist ein Film über den Komponisten aus Dessau, der vor 100 Jahren geboren wurde.

## **02.05.2003: "The Navigators"**

Subtil zeichnet "Arbeiterregisseur" Ken Loach nach, was wirtschaftliche Globalisierung in der konkreten Alltagserfahrung bedeuten kann. Engagiert, aber nie belehrend gelingt es ihm, politischen Prozessen eine leichte, unterhaltsame Form zu geben. Sein neuer Film "The Navigators" berichtet einfühlsam von Bahnarbeitern, die 1995 Opfer der Privatisierung der "British Rail" werden - Verwerfungen des Spät-Thatcherismus. Unaufhaltsam nimmt der Sozialabbau seinen Lauf.

## **09.05.2003: "Lantana"**

Der zweite Film des australischen Werbefilmers Ray Lawrence zeigt die Geschichte einiger Paare, deren Beziehungen alles anderes als glücklich verlaufen.

## **16.05.2003: "101 Rejkjavik"**

Nicht dass Hlynur, Antiheld dieser schwarzen Komödie, eine Ahnung hätte, was er überhaupt will im Leben. Verdachtsmomente auf eine lesbische Liebschaft seiner

Mutter sind ihm in seiner Identitätskrise nicht gerade hilfreich. Eine Nacht mit ihrer feurigen Freundin Lola trägt unerwartete Früchte. Als beide Frauen freudestrahlend verkünden, Lola sei schwanger, dreht sich Hlynurs Denken nur noch um die Frage, ob er nun der Vater seines Bruders oder seiner Schwester wird.

## **23.05.2003: "Halbe Treppe"**

Deutscher Alltag zehn Jahre nach dem Mauerfall, im sanierten Plattenbau in Frankfurt/Oder. Die letzten Jahre wurde dort geschuftet und aufgebaut, jetzt ist Routine eingekehrt, man hat sich eingerichtet und fragt: "War's das schon?" Zwischen Diaabenden und Kanarienvögelfüttern ist nicht mehr viel los. Bis zwei des Quartetts die Karten heimlich neu mischen und eine Affäre beginnen. Als die auffliegt scheint plötzlich wieder alles möglich. Vielleicht sogar das Glück.

## **30.05.2003: "Mademoiselle"**

Ein einzelner Tag kann ein Leben verändern. Einmal mehr sind es die Gegensätze die sich in Philippe Liorets französischem Liebesdrama anziehen. Während die bodenständige Claire aus ihren geordneten Bahnen ausbrechen will, sehnt sich Lebenskünstler Pierre nach einem festen Halt im Leben. Beide erleben 24 Stunden voller Leidenschaft. Bis Claire am nächsten Morgen in ihr geordnetes Leben zurückkehrt. Ein einzelner Tag kann ein Leben verändern - oder auch nicht.

## **06.06.2003: "Der Pianist"**

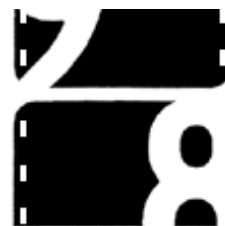
Zweiter Weltkrieg und Verfolgung durch die Nazis beenden die Karriere des Pianisten Wladyslaw Szpilman. Mit seiner Musik versucht er zu überleben. Roman Polanski, der als Kind das Krakauer Ghetto überlebte und seine Mutter in Auschwitz verlor, verfilmte die Autobiografie.

## **13.06.2003: "Der Mann ohne Vergangenheit"**

Ein Mann kommt nach Helsinki und wird schon in der ersten Nacht auf einer Parkbank überfallen und fast totgeschlagen. Danach hat er keinerlei Erinnerungen mehr. Er gerät in eine Kolonie von Armen und Außenseitern. Dort baut er sich allmählich eine neue, bescheidene Existenz auf. Kleines Meisterwerk von Aki Kaurismäki, das sowohl inhaltlich durch seinen einfühlsamen Grundton, Situationskomik und Lakonie als auch durch satte Farben und wunderbare Musik besticht.

## **20.06.2003: "Eine Schwalbe macht den Sommer"**

Sandrine ist 30, erfolgreich und trotzdem unzufrieden. Genervt von Job, Freund und Großstadt entschließt sie sich, aufs Land zu ziehen, in die herrliche Natur der französischen Voralpen. Nach einem Schnellkurs in Landwirtschaft kauft sie den Bauernhof des eigensinnigen Adrien. Der alte Bauer will das Feld jedoch im wahrsten Sinnen des Wortes nicht räumen. Mit allerlei Tricks versucht er, der Großstadtpflanze das Leben schwer zu machen.



# TERMINE

**So. 20.04.2003, 14:00 Uhr**

Gedenkstätte Bergen-Belsen  
Sinti und Roma im KZ Bergen-Belsen  
Gedenkveranstaltung zum 60. Jahrestag  
der ersten Deportationen der Sinti aus  
Niedersachsen am 3. März 1943  
Veranstalter: Arbeitsgemeinschaft  
Bergen-Belsen unter Mitwirkung des  
Internationalen Jugendworkcamps  
Ort: ehemaliges "Großes Frauenlager"

**Fr. 25.04.2003, 21:00 Uhr**

CD-Kaserne, Halle 16 & Foyer  
Hannoversche Str., Celle  
Belasco, Trio aus London  
In der Musik spiegeln sich Einflüsse  
ihrer Vorbildern wie "Tool", "Neil  
Young", "Smashing Pumpkins" oder  
"David Bowie" wieder.

**Sa. 26.04.2003, 20:00 Uhr**

Kunst & Bühne  
Nordwall 46, Celle  
KABARETT PRESSACK  
Markus Feldenkirchen und Peter  
Wagner bringen brandaktuelles, come-  
dygespicktes Medien-Politikkabarett auf  
die Bühne.  
Eintritt: 9,- / erm. 6,-

**So. 27.04.2003, 11:30 Uhr**

Synagoge  
Im Kreise 24, Celle  
Letzter Tag der Ausstellung ""Der  
Boden liess sich gut an...".  
Die Simon'sche Stiftung und Heinrich  
Tessenow  
Öffnungszeiten: Di. - Do: 15:00 -  
17:00 Uhr, Fr.: 09.00 - 11:00 Uhr, So.:  
11:00 - 13:00 Uhr

**So. 27.04.2003, 11:30 Uhr**

Gedenkstätte Bergen-Belsen  
Kranzniederlegung aus Anlass des  
Jahrestages der Befreiung des  
Konzentrationslagers Bergen-Belsen  
Veranstalter: Landesverband der  
Jüdischen Gemeinden von  
Niedersachsen  
Ort: Obelisk und Jüdisches Mahnmahl

**So. 27.04.2003, 18:00 Uhr**

Gedenkstätte Bergen-Belsen  
Ende der Sonderausstellung mit  
Bildern von Ceija Stojka (Wien)  
Vom 2. März bis 27. April 2003 wird

im Foyer der Gedenkstätte eine  
Ausstellung mit Bildern und Texten  
von Ceija Stojka gezeigt, die als Kind  
das Konzentrationslager Bergen-Belsen  
überlebt hat.

Ort: Gedenkstätte Bergen-Belsen

**Mo. 28.04.2003, 19:30 Uhr**

Synagoge, Im Kreise 24, Celle  
"Der Ausländereinsatz in der  
Lüneburger Heide - Kriegsgefangene  
und Fremdarbeiter 1939-1945". Vortrag  
des Historikers Nils Köhler.  
Veranstalter: Gesellschaft für  
Christlich-Jüdische Zusammenarbeit

**Fr. 02.05.2003, 19:00 Uhr**

CD-Kaserne  
Hannoversche Str., Celle  
Clear, Disguising Grace & Sleep ones  
fill. Die drei bekannten Celler Bands  
treten in einer bislang einmaligen  
Konstellation auf.

**So. 04.05.2003, 11:00 Uhr**

Gedenkstätte Bergen-Belsen  
Erinnerungen an das  
Konzentrationslager Bergen-Belsen  
Madeleine Weis-Bauler (Luxemburg)  
berichtet aus ihrer Lebensgeschichte  
Ort: Gedenkstätte Bergen-Belsen

**Di. 06.05.2003, 19:45 Uhr**

Urbanus Rhegius Haus, Fritzenwiese  
Treffen der Celler attac-Gruppe;  
Thema: GATS.

**Do. 08.05.2003, 20:00 Uhr**

Buntes Haus, Hannoversche Str. 30f  
Celle  
Plenum gegen Krieg und Kapitalismus  
Die Bewegung gegen den Irak-Krieg  
hat auch in Celle etliche Leute  
mobilisiert, die gerne weiter gemein-  
sam mit anderen in einer offenen  
Diskussion Initiativen gegen Krieg und  
Kapitalismus entwickeln wollen.  
Thematisch ist die Richtung damit grob  
vorgegeben, konkret soll es um die  
Beschäftigung mit und Aktionen zu  
Fragen gehen, die vor Ort oder  
international für uns wichtig sind: Das  
kann vom Gutscheinumtausch  
(zugunsten von Flüchtlingen), über  
Diskussionen und Aktionen gegen den  
Umbau der Bundeswehr zu einer

Interventionsarmee bis hin zur  
Mobilisierung gegen die Treffen der  
G8 z.B. im Juni in Evian gehen.  
Vielleicht macht's auch Sinn, mal  
gemeinsam Texte zu diskutieren oder  
"Bildungs"-Veranstaltungen zu  
organisieren. Einige Leute aus dem  
Anti-Kriegsplenum

**So. 11.05.2003, 11:00 Uhr**

Gedenkstätte Bergen-Belsen  
Warum Anne Frank?  
Über den Umgang mit Anne Frank und  
ihren Tagebuchbriefen  
Vortrag von Marion Siems, Dortmund

## Ständige Termine:

**Arbeitskreis "Eine Welt"**

jeden Mi. 19.30 Uhr im Weltladen  
(Zöllnerstrasse 29)

**Weltladen Öffnungszeiten:**

Di - Fr: 10-17 Uhr  
Sa: 10 -13 Uhr

**Forum gegen**

**Rechtsextremismus und Gewalt:**

jeden 1. Mittwoch im Monat 19  
Uhr c/o DGB-Celle, Trift 21, 29221  
Celle

## Termine im Bunten Haus:

(CD-Kaserne hinten links Halle 12)  
Hannoversche Str 30f  
29221 Celle, Tel.: 907927

**Fahrradwerkstatt:**

jeden Montag 18 Uhr

**Archiv**

jeden Donnerstag 17-19 Uhr

**KDV-Beratung**

jeden Donnerstag 17-19 Uhr

**Plenum**

jeden Donnerstag 19 Uhr

**Volxküche**

jeden Sonntag 18 Uhr

**Deutschkurs für MigrantInnen**

jeden Dienstag und Donnerstag  
16.30-18.00 Uhr

**Geschichtswerkstatt**

jeden 4. Montag im Monat  
19.30 Uhr

**Forum gegen Atomindustrie**

jeden 1. Mittwoch im Monat  
19.30 Uhr